



Internationale
Bodensee
Hochschule



Pädagogische
Hochschule Weingarten



Indikatoren-gestützte Bildungsberichte im Bodenseeraum

Projektnummer 820/11

Laufzeit Mai 2012 bis Juli 2013

Kooperationsprojekt der Pädagogischen Hochschulen St. Gallen und Weingarten

Projektverantwortung:

Prof. Dr. Titus Guldemann (PH St. Gallen)

Projektleitung:

Dipl. Psych. Werner Fuchs (PH St. Gallen)

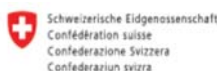
Prof. Dr. Jörg Stratmann (PH Weingarten)

Projektmitarbeiterinnen/Projektmitarbeiter:

lic. phil. Judith Pekarek (PH St. Gallen)

Dipl.-Soz. Barbara Grüner (PH Weingarten)

Sandra Härle-Meilinger (PH Weingarten)





Einleitung

Teil A: Theoretische Grundlagen	1
1. Einleitung.....	1
2. Grundlagen	2
2.1 Allgemeine Grundlagen zum Bildungsmonitoring	2
2.2 Allgemeine Grundlagen zu den Bildungsberichten	3
2.3 Bildungsregion Bodensee	3
2.4 Städtebund.....	4
3. Grundlage der Analyse von Bildungssystemen.....	5
4. Beschreibung der Bildungssysteme	7
4.1 Bildungssystem in Deutschland / Baden-Württemberg.....	7
4.2 Kommunale Verantwortlichkeit in Deutschland / Baden-Württemberg	13
4.3 Bildungssystem in Österreich/ Vorarlberg.....	15
4.4 Kommunale Verantwortlichkeit in Österreich, Land Vorarlberg	21
4.5 Bildungssystem in der Schweiz/ Kanton Thurgau.....	23
4.6 Kommunale Verantwortlichkeit in der Schweiz, im Kanton Thurgau.....	27
Teil B: Durchführung der Erhebung.....	29
5. Forschungsanliegen	29
5.1 Auswahl der Kommunen	29
5.2 Kurzbeschreibung der einzelnen Gemeinden	29
5.2.1 Deutschland.....	29
5.2.2 Österreich	31
5.2.3 Schweiz	33
5.3 Methodisches Vorgehen	35
5.4 Indikatorenraster	35
5.5 Datenerhebung in den Kommunen	41
5.6 Teilstrukturierte Interviews	41
5.7 Bewertungskriterien	41
6. Ergebnisse.....	43
6.1 Gesamtübersicht der Ergebnisse.....	43
6.1.1 Rahmenbedingungen	44
6.1.2 Obligatorische Schule	46
6.1.3 Bereich vor der obligatorischen Schule.....	51
6.1.4 Außerschulischer Bereich	53
7. Fazit.....	54
7.1. Schlussfolgerungen.....	54
7.2. Ausblick.....	56
8. Literaturverzeichnis	57
9. Abbildungsverzeichnis	63
10. Anhang.....	64
10.1. Instrumente	64
10.2. Erhebungsraster	68



Internationale
Bodensee
Hochschule



Pädagogische
Hochschule Weingarten



Teil A: Theoretische Grundlagen

1. Einleitung

Das Projekt „*Indikatoren gestützte Bildungsberichterstattung im Bodenseeraum*“ begann im März 2012 als Kooperationsprojekt der PH St. Gallen und PH Weingarten, gefördert von der Internationalen Bodenseehochschule IBH. Als Pilotprojekt soll es dazu beitragen, die Bodenseeregion als eine Bildungsregion zu erfassen, diese als Bildungslandschaft zu erkunden, steuerungsrelevante Bildungsindikatoren zu identifizieren und so zukünftige Bedarfe rechtzeitig zu erkennen. Ziel des vorliegenden Projekts war es, in sechs Kommunen durch das Erheben von Bildungsindikatoren zur laufenden Beobachtung und Steuerung der Rahmenbedingungen, der Verlaufsmerkmale und der Ergebnisse von Bildungsprozessen eine einheitliche und vergleichbare Datengrundlage zu schaffen, um den politischen und pädagogischen Handlungsbedarf der Gemeinden frühzeitig zu erkennen und strategisches Handeln zu ermöglichen. Die teilnehmenden Kommunen waren auf deutscher Seite Weingarten und Tettngang, in der Schweiz Arbon und Kreuzlingen und in Österreich Bregenz und Dornbirn (siehe dazu Kapitel 5.1).

Der Studie lagen dabei folgende Forschungsfragen zugrunde:

- Welche Bildungsdaten liegen in den Kommunen vor?
- Welche Bildungsdaten können in den Kommunen zusätzlich beschafft werden?
- In welcher Qualität liegen die Bildungsdaten den Kommunen vor?
- Welche Daten werden bereits heute für Steuerungszwecke verwendet?

Ein Indikatorenraaster (siehe dazu Kapitel 5.4) diene als Grundlage für die gemeinsame Betrachtung der unterschiedlichen Bildungssysteme Deutschlands, Österreichs und der Schweiz und der jeweiligen Bundesländer bzw. Kantone¹. Es bildete die Basis für eine angestrebte überregionale Bildungsberichterstattung.

¹ Die deutschen Kommunen Weingarten und Tettngang liegen im Bundesland Baden-Württemberg, die Schweizer Kommunen Arbon und Kreuzlingen im Kanton Thurgau und die österreichischen Kommunen Bregenz und Dornbirn im Bundesland Vorarlberg.



Internationale
Bodensee
Hochschule



Pädagogische
Hochschule Weingarten



2. Grundlagen

Die Steuerung des Bildungswesens ist zu einem festen Bestandteil der Bildungspolitik geworden. Mit Hilfe kontinuierlicher datengestützter Beobachtungs- und Analyseprozesse einzelner Bereiche des Bildungswesens sollen eine transparente Bildungspolitik und die Sicherung und Steigerung der Qualität des Bildungswesens gewährleistet werden (vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010, S.1). Die Qualitätsverbesserung des Bildungswesens mit Hilfe von Standards und Evaluationen wird seit den 1990er Jahren thematisiert (vgl. Kucharz et al. 2009, S.5). Seit im Jahr 2006 der erste Bildungsbericht für Deutschland erschien, in dem das Bildungswesen in seiner Gesamtdimension zum ersten Mal empirisch erfasst wurde, wird ein ganz neuer Blick auf die Bildungssituation ermöglicht (vgl. Konsortium Bildungsberichterstattung 2006, S.1f.).

Angesichts knapper finanzieller Mittel in den kommunalen Haushalten besteht in allen Bereichen des öffentlichen Lebens die Intention, die Effizienz, Qualität und Akzeptanz politischer Programme und Maßnahmen systematisch zu erheben und zu optimieren. Durch das große Interesse der Öffentlichkeit, der Wirtschaft und der Politik an internationalen Vergleichsstudien, wie zum Beispiel PISA, offenbarte sich ein Fehlen der systematischen Erfassung von Informationen zu den Bildungssystemen in den Ländern, in der neben dem Output (Schulabschlüsse, erreichte Kompetenzen) auch weitere Faktoren erfasst sind. Für Deutschland forderte die Kultusministerkonferenz im Jahr 2006 eine regelmäßige Berichterstattung. In Österreich wurde im Jahr 2003 ein Standard-Monitoring zur Erfassung der Unterrichtsqualität und Systemmonitoring auf Bildungsebene gefordert (vgl. Lassnigg 2003, S.6). Auch die Schweizer Kantone beschlossen im Jahr 2006 mit dem Bund ein gemeinsames Bildungsmonitoring, um trotz des heterogenen Schulwesens eine gemeinsame Grundlage für die Gesamtschweiz zu schaffen.

Da die drei Staaten trotz der länderspezifischen Merkmale viele Gemeinsamkeiten im Bereich Bildungswesen, Kultur und nicht zuletzt auch überwiegend dieselbe Sprache als Basis haben, ist eine übergreifende Betrachtung in verschiedenen Bereichen des öffentlichen Lebens im Rahmen der Globalisierung politisch angezeigt. Auf der Grundlage eines solchen gemeinsamen Bildungsberichts können evidenzbasierte Entscheidungen im Bildungsbereich in der internationalen Bodenseeregion getroffen werden.

2.1 Allgemeine Grundlagen zum Bildungsmonitoring

Das Bildungsmonitoring ist charakterisiert durch eine systematische Erhebung und Analyse von Daten und Informationen, um die Entwicklung im Bildungswesen voranzubringen. Das Kernstück bildet dabei die Bildungsberichterstattung, die *„eine systematische, theoriebasierte, indikatorengestützte, regelmäßige und umfassende Darstellung des Bildungsbereichs mit dem Ziel, Strukturen und Entwicklungen zu beschreiben, regionale Vergleiche zu ermöglichen, die Leistungsfähigkeit des Bildungswesens insgesamt und seiner Teile einzuschätzen sowie Grundlagen für politische Entscheidungen zur Verbesserung des Bildungswesens zu liefern“* (Wolf 2011, S.21.). Die dadurch geschaffene *„Systemtransparenz“* ermöglicht Qualitätsentwicklung auf allen Ebenen des Bildungssystems (vgl. Lassnigg 2003, S.6). Für Lassnigg benötigt *„jede systematisch geplante Entwicklungsarbeit[...] aussagekräftige(r) Diagnosesysteme im Hinblick auf die Bewertung von Ausgangsbedingungen und Wirkungen von Innovationen“* (Lassnigg 2003, S.6).

Basis der Bildungsberichterstattung ist ein *„überschaubarer, systematischer, regelmäßig aktualisierbarer Satz von Indikatoren“* (Klieme et al. 2006, S.130). Indikatoren sind statistische Kennzahlen, die



Internationale
Bodensee
Hochschule



Pädagogische
Hochschule Weingarten



sich aus mehreren erhobenen Daten zusammensetzen können, „*quantitativ fundierte Konstrukte (wörtlich: ‚Anzeiger‘ für einen bestimmten Zustand), die als Stellvertretergrößen für komplexe, in der Regel mehrdimensionale Gefüge einen möglichst einfachen und verständlichen Statusbericht über die Qualität eines Zustandes liefern*“ (Döbert 2010, S.48) (siehe auch Kapitel 5.4).

Durch die regelmäßige und systematische Datenerhebung im Bildungswesen sollen Basisinformationen für die Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung generiert werden. Ziel dieser Maßnahme ist es, Informationen für „*geeignete Reformmaßnahmen durch die Bildungspolitik und -verwaltung*“ (KMK 2006) zu erhalten und somit die Mikro-, Meso- und Makroebene² des Bildungswesens zu verbessern.

2.2 Allgemeine Grundlagen zu den Bildungsberichten

Im Konsortium Bildungsberichterstattung wurde im Jahr 2005 ein Gesamtkonzept zur Erstellung eines Bildungsberichtes veröffentlicht. Als Bildungsbericht wird „*eine alle Bereiche des Bildungswesens umfassende aktuelle Bestandsaufnahme des deutschen Bildungswesens*“ bezeichnet (DIPF 2013). Dieser Bildungsbericht richtet sich dabei an „*unterschiedliche Zielgruppen in den Bereichen der Bildungspolitik, Bildungsverwaltung und Bildungspraxis*“ sowie an Personen „*in Wissenschaft und Öffentlichkeit*“ (Konsortium Bildungsberichterstattung 2006, S.1). Mit der Erfassung sollen der Ist-Zustand des Bildungswesens erhoben, Prozesse beobachtet und der Soll-Zustand festgestellt werden. Diese datengestützte Dokumentation der Qualität dient der Weiterentwicklung und bietet eine Grundlage für die Reflektion der steuerungsrelevanten Daten. Dabei wird die gesamte Lernbiographie miteinbezogen, von der vorobligatorischen Schulbildung bis zur Weiterbildung im Erwachsenenalter (vgl. Konsortium Bildungsberichterstattung 2006, S.2f.).

Für die notwendige Transparenz werden die Ergebnisse in Bildungsberichten veröffentlicht. „*Die Bildungsberichterstattung ist dabei kein weiteres Erhebungsprogramm, sondern eine besondere, zusätzliche Aktivität der Aufbereitung von Informationen.*“ (Rürup et al. 2010, S.379)

2.3 Bildungsregion Bodensee

Die Bodenseeregion bietet mit den drei partizipierenden Ländern Deutschland, Österreich und Schweiz eine Wirtschafts- und Bildungsregion, die grenzüberschreitende Projekte zur Stabilisierung und Vernetzung der Region nutzen möchte. Die Region um den Bodensee wird dabei als länderübergreifender Standort für die Bereiche des alltäglichen und öffentlichen Lebens verstanden. Tourismus, Kultur, Wirtschaftskooperationen und Bildungsprogramme werden bereits durch die BürgerInnen einzeln genutzt. Als Kommunikationsplattform dient der Städtebund, der die Kommunen der Länder zu Kooperation anregen möchte. Bildung stellt dabei einen bedeutsamen Faktor nicht nur auf individueller, sondern auch auf gesellschaftlicher Ebene dar. Durch Bildung wird die Wettbewerbsfähigkeit einer Region im nationalen und internationalen Vergleich gefördert. Die Erhebung der evidenzbasierten Daten in der Bodenseeregion kann dabei eine strategische Planung zur Qualitätssicherung und Weiterentwicklung vorantreiben. Die Erhebung der Bildungsindikatoren basiert auf dem *Anwendungsleitfaden zum Aufbau eines kommunalen Bildungsberichts* des deutschen Bildungsministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) (2011)³, auf dem *Bildungsmosaik Schweiz* vom Bundesamt für Statistik Schweiz (BFS) (2007) und dem österreichischen Bericht *Bildung in Zahlen*, herausgegeben von Sta-

² In Bezug auf die Zuständigkeiten im Bildungswesen können Bund und Länder als Makroebene, die Schule als Mesoebene und die Lehrer als Mikroebene verstanden werden. Siehe ausführlich Blömeke et al. (2007, S.259).

³ Im Juni 2013 wurde eine aktualisierte Fassung vom Statistischen Bundesamt, dem Statistischen Landesamt Baden-Württemberg und dem Deutsches Institut für Erwachsenenbildung herausgegeben.



Internationale
Bodensee
Hochschule



Pädagogische
Hochschule Weingarten



tistik Austria (2012) und umfasst in diesem Projekt die vorobligatorische und obligatorische Schule sowie den außerschulischen Bereich. Weitere Bereiche des Bildungswesens (beispielsweise Erwachsenenbildung, Universitäten oder Weiterbildung) sind in dieser Studie nicht dargestellt, da die Pilotstudie auf den schulischen Bereich fokussiert ist.

2.4 Städtebund

Gegründet wurde der Internationale Städtebund 2009, Mitwirkende sind 24 Städte der Bodenseeregion der Länder Deutschland, Österreich und der Schweiz. Aus der Präambel geht hervor, dass sich der Städtebund als „gemeinsame ideelle Interessenvertretung der Kommunen in der Internationalen Bodenseeregion“ versteht (Internationaler Städtebund 2009). Dafür werden drei Stadtoberhäupter, einer je Land, für drei Jahre gewählt. Sie besetzen das Amt des Vorsitzes rotierend für je ein Jahr. Daneben besteht die Lenkungsgruppe aus jeweils drei VertreterInnen pro Land, die die laufenden Geschäfte führen. Als GeschäftsführerIn wird zusätzlich ein Stadtoberhaupt eingesetzt.

Durch diese verstärkte regionale Vernetzung der Bodenseeregion soll eine „enge Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Ökologie, Tourismus, Verkehr, Bildung und Kultur“ ermöglicht werden (Internationaler Städtebund 2009).



3. Grundlage der Analyse von Bildungssystemen

Um eine einheitliche Einstufung der Bildungsbereiche aller verglichenen Länder zu gewährleisten, wird in der vorliegenden Studie die Klassifizierung nach der International Standard Classification of Education (ISCED) verwendet. Diese Klassifikation „*ist ein Instrument zur Erstellung international vergleichbarer Bildungsstatistiken*“ (European Commission Eurostat o.J.). Der Standard wurde von der United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (UNESCO) eingeführt, um die Beschreibung von Bildungsniveaus im internationalen Vergleich zu ermöglichen. Für die Darstellung der Schulsysteme der teilnehmenden Länder wird an dieser Stelle die ISCED-Klassifikation von 1997 angewandt. Diese „*umfasst zwei Klassifizierungsvariablen, nämlich Bildungsbereiche und Fächer sowie allgemeine/berufliche/berufsvorbereitende Ausrichtung und bildungs-/arbeitsmarktspezifische Zielsetzung*“ (European Commission Eurostat o.J.) und ermöglicht anhand der prägnanten Struktur die Darstellung der länderspezifischen Bildungssysteme. Eine überarbeitete Fassung der Klassifikation wurde im Jahr 2011 herausgegeben. Diese enthält noch differenziertere Unterscheidungen. In den einzelnen Ländern liegen Daten vor allem auf Grundlage der Klassifikation von 1997 vor, weshalb sie für dieses Projekt verwendet wurde. Im Bereich der vorobligatorischen Schule wird hier allerdings in Anlehnung an die aktualisierte ISCED Version aus dem Jahr 2011, die Betreuung der Kinder unter drei Jahren ebenfalls unter dem Bereich 0 ausgewiesen (siehe unten), da auch die Betreuungseinrichtungen für Kinder dieser Altersklasse zunehmend mit Qualitätsstandards ausgestattet sind (vgl. UNESCO 2011, S.23).

Aufgeführt werden von der European Commission Eurostat in der ISCED-Definition aus dem Jahr 1997 folgende Einteilungen:

- „Bereich 0: **Elementarbereich** – *Eingangsstufe des organisierten Unterrichts. Die Betreuung der Kinder, die mindestens drei Jahre alt sein müssen, findet in Vorschulen oder entsprechenden Zentren statt.*
- Bereich 1: **Primarbereich** – *beginnt zwischen dem 5. und 7. Lebensjahr mit der Schulpflicht (wo diese besteht) und umfasst im Allgemeinen sechs Jahre Vollzeitunterricht.*⁴
- Bereich 2: **Sekundarbereich I** – *setzt die im Primarbereich begonnene Grundbildung fort und ist in der Regel stärker fachorientiert. Mit Abschluss dieses Bereiches endet gewöhnlich auch die Schulpflicht.*
- Bereich 3: **Sekundarbereich II** – *beginnt in der Regel am Ende des Pflichtunterrichts. Das Eintrittsalter liegt üblicherweise bei 15 bis 16 Jahren. Für den Zugang sind in der Regel bestimmte Voraussetzungen (Abschluss der Pflichtschulzeit) und Mindestanforderungen zu erfüllen. Der Unterricht ist häufig stärker fachorientiert als im ISCED-Bereich 2. Der ISCED-Bereich 3 hat gewöhnlich eine Dauer von zwei bis fünf Jahren.*
- Bereich 4: **nichttertiäre Bildung nach dem Sekundarbereich II** – *ist zwischen dem Sekundarbereich II und dem Tertiärbereich anzusiedeln. Er dient der Erweiterung des bis zum Abschluss des ISCED-Bereichs 3 erworbenen Wissens. Typische Beispiele sind Bildungsgänge zur Vorbereitung der Schüler auf den Bereich 5 oder Bildungsgänge, die direkt auf den Eintritt in den Arbeitsmarkt vorbereiten.*
- Bereich 5: **Tertiärbereich** (erste Stufe) – *Zugangsvoraussetzung für diese Bildungsgänge ist normalerweise der erfolgreiche Abschluss von ISCED-Bereich 3 oder 4. Dieser Bereich umfasst tertiäre*

⁴ In Deutschland und Österreich dauert der Besuch der Grundschule bzw. Volksschule (ISCED- Stufe 1) in der Regel jeweils vier Jahre.



Internationale
Bodensee
Hochschule



Pädagogische
Hochschule Weingarten



re Bildungsgänge mit akademischer Ausrichtung (Typ A), in denen weitgehend theoretisches Wissen vermittelt wird, und tertiäre Bildungsgänge mit berufsspezifischer Ausrichtung (Typ B). Letztere sind in der Regel kürzer als die Bildungsgänge des Typs A und zielen hauptsächlich auf die Vorbereitung von Studierenden auf den Eintritt in den Arbeitsmarkt ab.

- **Bereich 6: Tertiärbereich** (zweite Stufe) – darunter fallen ausschließlich Studiengänge auf tertiärer Ebene, die zu einer höheren Forschungsqualifikation (Promotion) führen“.

(European Commission Eurostat o.J.)



Internationale
Bodensee
Hochschule



4. Beschreibung der Bildungssysteme

Im Folgenden werden die Bildungssysteme Deutschlands, Österreichs und der Schweiz vorgestellt. Dabei werden nach allgemeinen Ausführungen jeweils die verschiedenen Stufen der Schulbildung entlang der ISCED-Klassifizierung beschrieben.

4.1 Bildungssystem in Deutschland / Baden-Württemberg

Durch die föderale Staatsstruktur in Deutschland teilen sich Bund und Länder die Verantwortlichkeiten für das Bildungswesen (vgl. BMBF 2012).

Das Schulwesen unterliegt in der Bundesrepublik der *Kulturhoheit der Länder*. Dies ergibt sich aus dem Grundgesetz⁵, Art. 7 Abs. 1 GG i.V.m. Art. 30, Art. 70 Abs. 1 und Art. 83ff. GG. Daher sind für die Schulgesetzgebung und die Verwaltung im Schulbereich primär die Bundesländer verantwortlich. Auch der Hochschulbereich, die Erwachsenenbildung, der vorschulischer Bereich und die allgemeine Weiterbildung ist Sache der Länder. Genauere Regelungen dazu finden sich in den Landesverfassungen und den Landesgesetzen.

Im Schulgesetz (SchG)⁶ für Baden-Württemberg⁷ ist unter anderem geregelt, dass das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport als oberste Landesbehörde die oberste Schulaufsichtsbehörde darstellt (§ 35 Abs. 1 SchG) und für die Bildungs- und Lehrpläne zuständig ist. Die Regierungspräsidien bilden die obere Schulaufsichtsbehörde (§ 34 Abs. 1 SchG) und führen die Fachaufsicht über die Schulen und die Dienstaufsicht über die Schulleiter und Lehrer und die Staatlichen Schullämter, die die untere Schulaufsichtsbehörde (§ 33 Abs. 1 SchG) darstellen und ebenfalls für Fachaufsicht und Dienstaufsicht zuständig sind.

In einigen Bundesländern wurde die Aufgabe der Dienstaufsicht an die Schulleitungen selbst übertragen. Die herkömmliche Form der Schulaufsicht befindet sich generell im Wandel, wobei die beratende Funktion an Bedeutung gewinnt und die Qualitätssicherung, die überwiegend durch Rechts- und Verwaltungsvorschriften geregelt war, durch externe Evaluationen abgelöst wird (vgl. Criblez et al. 2009, S.68).

Das Schulgesetz enthält ebenso Regelungen zur Besoldung der Lehrpersonen durch die Länder und für die Übernahme der sachlichen Kosten durch die Schulträger (Kommunen) (§§ 38 und 27 SchG).

Um die Zusammenarbeit in den Bereichen Bildung, Erziehung, Hochschulen und Forschung sowie kulturelle Angelegenheiten besser koordinieren zu können, wurde im Jahr 1949 von den Ländern die Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder (Kultusministerkonferenz) gegründet (vgl. KMK 2013, S.16f.).

Die Zuständigkeiten des *Bundes* im Bereich Bildung, Wissenschaft und Forschung sind ebenfalls im Grundgesetz geregelt, überwiegend in Art. 74 GG. Der Bund ist unter anderem für die außerschulische berufliche Aus- und Weiterbildung, die Ausbildungsförderung und die Jugendhilfe zuständig. Genauere Vorschriften dazu finden sich in den jeweiligen Bundesgesetzen (beispielsweise Hochschul-

⁵ Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Online: <http://www.gesetze-im-internet.de/gg/>. 08.07.2013.

⁶ Schulgesetz für Baden-Württemberg. Online: <http://www.landesrecht-bw.de/jportal/?quelle=jlink&query=SchulG+BW&max=true>. 08.07.2013.

⁷ Dargestellt wird an dieser Stelle die Situation des Landes Baden-Württemberg, da sich die beiden untersuchten deutschen Kommunen Weingarten und Tettang in diesem Bundesland befinden.



rahmengesetz, Berufsbildungsgesetz, Jugendschutzgesetz), die wiederum durch Ländergesetze ergänzt werden können (vgl. Pahl 2012, S.243).

Nach Art. 91b GG können Bund und Länder in Fällen überregionaler Bedeutung bei der Förderung von Einrichtungen und Vorhaben der wissenschaftlichen Forschung außerhalb von Hochschulen, Vorhaben der Wissenschaft und Forschung an Hochschulen und Forschungsbauten an Hochschulen auch zusammenwirken.

Die Zuständigkeit der Verwaltung ist in mehrere Ebenen unterteilt. Die *Kommunen* als Schulträger (§ 28 Abs. 1 SchG) sind in der Regel für die äußeren Schulangelegenheiten zuständig und übernehmen die Sachkosten (siehe Kapitel 4.2). Darunter fallen beispielsweise die Pflege der Schulgebäude und die Ausstattung der Schulen mit Lernmaterialien.

Als Antwort auf Reformdiskussionen innerhalb des Bildungswesens und den Ergebnissen der internationalen PISA-Studie erarbeitete die Kultusministerkonferenz Regelstandards, das heißt, dass der Durchschnitt aller SchülerInnen eine bestimmte Leistung zu erbringen hat (vgl. dazu die Mindeststandards im Schweizer Bildungssystem) (vgl. Criblez et al. 2009, S.71f.)

Bildungsstandards in Deutschland auf einen Blick

- „4. Jahrgangsstufe/Ende Primarschule: Deutsch, Mathematik
- 9. Jahrgangsstufe/Hauptschulabschluss: Deutsch, Mathematik und erste Fremdsprache (Englisch/Französisch)
- 10. Jahrgangsstufe/Mittlerer Schulabschluss: Deutsch, Mathematik, erste Fremdsprache (Englisch/Französisch) sowie Biologie, Chemie, Physik“

(Criblez et al. 2009, S.71)

Bildungsstandards Baden-Württemberg

Auf Grundlage einer Evaluation an den Schulen wurde die Bildungsplanreform im Jahre 2001 eingeleitet mit dem Grundbestreben, die Lehrpläne didaktisch zu reduzieren und eine Erhöhung des „Gestaltungsfreiraumes für Schulen und Lehrkräfte“ zu erreichen. Durch die Bildungspläne im Jahre 2004 wurde ein Paradigmenwechsel „von einer Input- zu einer Outputsteuerung vollzogen“ (MKJS o.J.a). Die zu erwerbenden Kompetenzen sind im überwiegend zweijährigen Rhythmus festgesetzt und beinhalten fachliche, personale, soziale und methodische Kompetenzen der SchülerInnen. Des Weiteren dienen sie als Grundlage für zentrale Prüfungen und Vergleichsarbeiten.

Parallel zur bundesweiten Einführung der Bildungsstandards im Jahr 2004 hat Baden-Württemberg diese ebenfalls eingeführt und weiterentwickelt. Dabei werden die geforderten Standards der Kultusministerkonferenz in vielen Fällen übertroffen, wie zum Beispiel durch zusätzliche Bildungsstandards in der Primarstufe für die zweite Klassenstufe für Deutsch, Mathematik, erste Fremdsprache, Theologie, den Fächerverbund Bewegung, Spiel, Sport und den Fächerverbund Mensch, Natur, Kultur.

- Grundschule (Klassenstufe 2,4)
 - Hauptschule/Werkrealschule (Klassenstufe 6,9,10)
 - Realschule (Klassenstufe 6,8,10)
 - Gymnasium (Klassenstufe 6,8,10,12)
- (vgl. MKJS o.J.a)



Bildungsregion Baden-Württemberg

	Alter	Schuljahr						
ISCED 0	0		Kinderhort/-krippe					
	1							
	2		Kindergarten					
	3							
	4							
5								
ISCED 1	6	1	Grundschule					
	7	2						
	8	3						
	9	4						
ISCED 2	10	5	Schulpflicht	Hauptschule	Werkrealschule	Realschule	Gemeinschaftsschule	Gymnasium G8
	11	6						
	12	7						
	13	8						
	14	9						
	15	10						
ISCED 3	16	11	Berufsschule				Sek II	Sek II
	17	12	weiterführende Schule					
	18	13						G 9

Abb. 1: Das Bildungssystem in Baden-Württemberg (eigene Darstellung)

ISCED-Stufe 0 – vorschulische Erziehung

Betreuung für Kinder unter drei Jahren

Für Kinder unter drei Jahren gibt es die Möglichkeit der Betreuung in Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege. Diese Angebote befinden sich durch den steigenden Bedarf im ständigen Ausbau. Die Zahl der betreuten Kinder unter drei Jahren betrug 2012 in Baden-Württemberg rund 23 Prozent (vgl. Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2013). Das Land Baden-Württemberg sieht für das Jahr 2013 eine Versorgungsquote von 34 Prozent vor (vgl. Pflugmann-Hohlstein 2012, S.48).



Internationale
Bodensee
Hochschule



Pädagogische
Hochschule Weingarten



Betreuung für Kinder über drei Jahren

Der Besuch des Kindergartens ist freiwillig, dennoch besuchten laut Statistischem Landesamt Baden-Württemberg im Jahr 2011 rund 95 Prozent der Kinder zwischen vier und sechs Jahren Kindergarten-einrichtungen (vgl. Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2012).

Die Trägerschaft der Einrichtungen haben sowohl öffentliche als auch private Träger, wie z.B. kirchliche Einrichtungen, inne.

Bereits eineinhalb bis zwei Jahre vor der Einschulung in die Grundschule findet die Sprachstandsdiagnostik im Rahmen der allgemeinen Einschulungsuntersuchung in Kindergärten statt und stellt damit einen ersten Übergangsprozess zur Grundschule dar (§ 91 SchG). Hierdurch können Kinder mit besonderem Förderbedarf frühzeitig identifiziert werden, um gezielt Maßnahmen zu ergreifen.

Das Programm „*Schulreifes Kind*“ beispielsweise stellt ein Kooperationskonzept zwischen Kindergarten und Grundschule zur Förderung von Kindern in unterschiedlichen Bereichen dar. Das Projekt befindet sich seit September 2006 an mehreren Standorten in Baden-Württemberg in der Erprobung; über eine flächendeckende Umsetzung des Konzepts wird noch entschieden (vgl. Engemann 2010, S.1ff). Für schulpflichtige Kinder, die vom Schulbesuch zurückgestellt werden, gibt es spezielle Grundschulförderklassen. Dort sollen die Kinder zur „*Grundschulfähigkeit*“ geführt werden, entweder in eigenen Förderklassen oder Gruppen. Kooperationen mit den Fachlehrern der Grundschule und spezielle Fördermaßnahmen, beispielsweise im Bereich der Motorik, der sprachlichen oder mathematischen Fähigkeiten oder in der Persönlichkeitsentwicklung sollen die Kinder auf den Übergang in die Grundschule vorbereiten (§ 5a SchG).

ISCED-Stufe 1 – Grundschule

Die Grundschule in Baden-Württemberg umfasst die Klassenstufen 1 bis 4 und bildet die gemeinsame Grundstufe des Schulwesens. Es werden Grundkenntnisse und Grundfertigkeiten vermittelt und die SchülerInnen werden an die schulische Form des Lernens und Arbeitens herangeführt (§ 5 SchG). Eingeschult werden können Kinder, die bis zum 30. September eines Jahres das sechste Lebensjahr vollenden (§ 73 Abs. 1 SchG). Die allgemeine Schulpflicht besteht für Kinder und Jugendliche vom Beginn des Besuchs der Grundschule (also in der Regel mit sechs Jahren) bis hin zum Alter von 16 Jahren. Danach besteht die Verpflichtung in der Regel bis zum 18. Lebensjahr, eine weiterführende Schule oder eine Berufsschule zu besuchen (§ 72, § 73 Abs. 2, §§ 75 und 77 SchG).

ISCED-Stufe 2 – Sekundarstufe I

Im Anschluss an die Grundschule erfolgt eine Differenzierung in drei unterschiedliche Schultypen: die Haupt- und Werkrealschule, die Realschule und das Gymnasium. Seit dem Schuljahr 2011/2012 wird die Entscheidung für die jeweilige Schulart durch die Eltern getroffen, die Schule fungiert lediglich als Berater. Diese Schularten haben einen je eigenen Bildungsgang, das heißt, sie steuern auf einen bestimmten Schulabschluss hin. Zusätzlich gibt es noch die Gemeinschaftsschule, die verschiedene Bildungsgänge vereint (vgl. § 4 SchG).

Haupt- und Werkrealschule

SchülerInnen an Haupt- und Werkrealschulen werden nach dem gleichen Bildungsplan unterrichtet. Die Werkrealschule wurde in Baden-Württemberg zum Schuljahr 2010/2011 neu eingeführt. Auf einer



Internationale
Bodensee
Hochschule



Pädagogische
Hochschule Weingarten



Werkrealschule kann nach der Klassenstufe 9 der Hauptschulabschluss erworben werden. Nach der Klassenstufe 10 kann entweder der Hauptschulabschluss oder der Werkrealabschluss erworben werden. Allen SchülerInnen in Hauptschulen wird zudem ermöglicht, nach der neunten Klassenstufe in der Hauptschule, ein weiteres zehntes Jahr in der Werkrealschule anzuschließen, um dann den Werkrealschulabschluss zu erlangen. Mit dem Werkrealschulabschluss erreichen SchülerInnen einen dem Realschulabschluss gleichwertigen Bildungsstand (§ 6 Abs. 1 und Abs. 2 SchG).

Der Hauptfokus sowohl der Haupt- als auch Werkrealschulen liegt auf dem Übergang von der Schule in das Berufsleben. Dies wird durch Praktika, Berufswegeplanung und spezielle Unterrichtsfächer, wie "Berufsorientierende Bildung" und "Kompetenztraining" unterstützt. Ziel soll sein, „den Prozess des Übergangs aus der Schule in eine Berufsausbildung langfristig vorzubereiten und die Jugendlichen bei einer realistischen und zielführenden Entscheidungsfindung zu begleiten“ (MKJS o.J.b).

Realschule

Die Realschule umfasst die Klassenstufen 5 bis 10 und soll eine erweiterte allgemeine Bildung vermitteln, „die sich an lebensnahen Sachverhalten orientiert“ (§ 7 Abs. 1 SchG und § 7 Abs. 2)

Mit Bestehen der zentral gestellten Realschul-Abschlussprüfung erlangen die SchülerInnen die sogenannte Mittlere Reife. Dieser Schulabschluss berechtigt zum Besuch einer weiterführenden Schule (zum Erwerb der Fachhochschulreife oder allgemeinen Hochschulreife) oder zum Besuch einer beruflichen Schule (§ 7 Abs. 1 SchG).

Gymnasium Klassenstufe 5 bis 10

Das Gymnasium umfasst insgesamt die Klassenstufen 5 bis 12/13, vereint also die Sekundarstufe I und die Sekundarstufe II und soll eine vertiefte allgemeine Bildung vermitteln (§ 8 Abs. 1 SchG).

Mit Beginn des Schuljahres 2004/2005 wurde in Baden-Württemberg das achtjährige Gymnasium eingeführt, womit der Schulabschluss, das Abitur, nach der Klassenstufe 12 erreicht wird. Zu Beginn des Schuljahres 2012/2013 wird es an 44 ausgewählten Schulen in Baden-Württemberg wieder die Möglichkeit geben, in neun Jahren zum Abitur am allgemein bildenden Gymnasium zu gelangen, die Abschlussprüfungen finden dann am Ende der Klassenstufe 13 statt (vgl. MKJS o.J.c und MKJS o.J.d).

Den Sekundarbereich I bilden die Klassenstufen 5 bis 9 am Gymnasium, woran sich die Klassenstufe 10 als Einführungsphase und die Klassenstufen 11 und 12 der Oberstufe anschließen (§ 8 Abs. 5 Nr. 1 SchG).

Gemeinschaftsschule

Zum Schuljahr 2012/2013 wurden 42 Gemeinschaftsschulen in Baden-Württemberg eingeführt, zum Schuljahr 2013/2014 kommen noch einmal 87 weitere vom Kultusministerium genehmigte Gemeinschaftsschulen hinzu (vgl. MKJS 2013).

Das Schulgesetz für Baden-Württemberg (SchG) beschreibt in seinem § 8a die Gemeinschaftsschule als Schule, die ihren Schülerinnen und Schülern „in einem gemeinsamen Bildungsgang [...] der Sekundarstufe I je nach ihren individuellen Leistungsmöglichkeiten eine der Hauptschule, der Realschule oder dem Gymnasium entsprechende Bildung“ vermittelt. Außerdem steht die Gemeinschaftsschule SchülerInnen offen, die eine Sonderschule besuchen könnten.

Der Unterricht an Gemeinschaftsschulen findet unabhängig von den angestrebten Abschlüssen der SchülerInnen in Lerngruppen statt, und nicht wie an anderen Schularten, in Klassenverbänden.



Nach fünf oder sechs Schuljahren erwerben die SchülerInnen nach bestandener Prüfung den Hauptschulabschluss oder im sechsten Schuljahr den Realschulabschluss (§ 8a Abs. 4 SchG).

Anschließend an die Klassenstufe 10 kann eine dreijährige gymnasiale Oberstufe an der Gemeinschaftsschule geführt werden (§ 8a Abs. 2 SchG).

ISCED-Stufe 3 – Sekundarstufe II

Gymnasium ab Klassenstufe 11

Die Oberstufe des Gymnasiums umfasst die Klassenstufen 11 bis 12 bzw. 13⁸. Am Ende des letzten Schuljahres finden die Abiturprüfungen statt. Nach bestandener Prüfung erhalten die SchülerInnen das Abitur bzw. die allgemeine Hochschulreife. Mit diesem Abschluss erhält man die Berechtigung, an einer Hochschule zu studieren (§ 8 Abs. 5 Nr. 4 und 5 SchG).

Gemeinschaftsschule

Grundsätzlich können Gemeinschaftsschulen im Anschluss an die Klassenstufe 10 eine dreijährige gymnasiale Oberstufe führen, wenn die Klassen aus genügend SchülerInnen dieses Anforderungsniveaus bestehen. Dann können SchülerInnen am Ende der Klassenstufe 13 einer Gemeinschaftsschule das Abitur erlangen (§ 8a Abs. 2 SchG).

Berufsschulen

Nach dem Abschluss an einer Haupt-, Werkreal- bzw. Realschule beginnt die Pflicht zum Besuch einer Berufsschule (§ 77 SchG). Die Berufsschulpflicht dauert drei Jahre, also in der Regel bis die SchülerInnen das 18. Lebensjahr vollendet haben (§ 78 SchG). Die Berufsschulen haben nach § 10 Abs. 1 SchG *„die Aufgabe, im Rahmen der Berufsausbildung oder Berufsausübung vor allem fachtheoretische Kenntnisse zu vermitteln und die allgemeine Bildung zu vertiefen und zu erweitern.“*

Sonderpädagogische Angebote

Sonderschulen

In verschiedenen Sonderschulen kann auf die besonderen Ansprüche von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen und einem Anspruch auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot individuell eingegangen werden (§ 15 Abs. 1 SchG). Ein Wechsel von einer Sonderschule in eine allgemeine Schule ist möglich und soll angestrebt werden, soweit *„die besondere Aufgabe der Sonderschule erfüllt ist“* (§ 15 Abs. 3 SchG).

Förderschulen

Förderschulen sind ein Typ der Sonderschulen (§ 15 Abs. 1 Nr. 5 SchG). An Förderschulen lernen Kinder und Jugendliche mit umfassenden und lang andauernden Lernproblemen und Entwicklungsverzögerungen in einem individuell angepassten Unterrichtsangebot. Die Schule unterteilt sich in eine Grund- und Hauptstufe, wobei die Klassenbildung auch andere Formen annehmen kann. Die Schwerpunkte an der Förderschule liegen in der elementaren Entwicklungsförderung, können allerdings auch bis zur individuellen Vorbereitung auf den Übergang in die Arbeitswelt reichen (vgl. MKJS o.J.e).

⁸ Erklärung zu *Gymnasium Klassenstufe 5 bis 10* unter Kapitel *ISCED-Stufe 2 – Sekundarstufe I*.



Internationale
Bodensee
Hochschule



Pädagogische
Hochschule Weingarten



Außerschulischer Bereich – Kooperation der Schule mit außerschulischen Partnern

In Baden-Württemberg gibt es viele Kooperationsprojekte wie zum Beispiel „Jugendbegleiter-Programm“⁹, der „Qualipass“¹⁰, das „Schülermentorenprogramm“¹¹ oder das Projekt „Integrationsmentoren“¹² zwischen Schulen und außerschulischer Jugendbildung. Jugendarbeit wird neben der Schule als ein wichtiger Bestandteil der Bildungsarbeit für junge Menschen verstanden (vgl. MKJS o.J.f).

4.2 Kommunale Verantwortlichkeit in Deutschland / Baden-Württemberg

Die Bildungsfinanzierung in Deutschland betrifft alle drei Ebenen der Administration: Bund, Länder und Kommunen. Etwa 90 Prozent werden durch Kommunen und Länder getragen. Ausgewiesen werden die Aufwendungen in den Finanzstatistiken der öffentlichen Haushalte.

Nach dem Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung, verankert in Art. 28 Abs. 2 Satz 1 GG, muss den Gemeinden „das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln.“ Daraus leitet sich ab, dass die Kommunen für „die Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft, so die Unterhaltung der Gemeindestraßen und der kommunalen Einrichtungen sowie den öffentlichen Nahverkehr im kommunalen Bereich und die städtebauliche Planung“ zuständig sind (KMK 2013, S.17). Zusätzlich sind sie für „weitere Bereiche der Daseinsvorsorge wie [zu] Bau und die Unterhaltung von Kindergärten, Schulen, Theatern und Museen, Krankenhäusern, Sportstätten und Bädern“ also auch für eine weiter definierte Bildungsplanung verantwortlich. Auch „die Erwachsenenbildung und Jugendpflege [...] Kulturförderung und Kulturpflege“ obliegt den Gemeinden (KMK 2013, S.17). Finanziert werden diese Vorhaben teils durch „einen Anteil aus der Einkommenssteuer sowie der Umsatzsteuer“ (KMK 2013, S.17). Daneben können die Kommunen „eigene Steuern und Abgaben [zu] erheben“ (KMK 2013, S.17).

In Deutschland sind in der Regel die Kommunen als Schulträger der öffentlichen Schulen verantwortlich für die sogenannten *äußeren Schulangelegenheiten*. Genauer beschreibt § 28 Abs. 1 SchG die Gemeinden in Baden-Württemberg als Schulträger der Grund-, Haupt- und Werkrealschulen, der Realschulen, der Gymnasien, der Gemeinschaftsschulen und der entsprechenden Sonderschulen. Schulträger ist nach § 27 Abs. 1 SchG, wer die sachlichen Kosten trägt.

Als Schulträger sind die Kommunen verpflichtet, bei Bedarf öffentliche Schulen einzurichten und fortzuführen (§ 27 Abs. 2 SchG). Sie sind außerdem für den Unterhalt der Schulgebäude und -räume, die erforderlichen Einrichtungen und Gegenstände, die Beschaffung von Lehr- und Lernmitteln und die Bestellung der Bediensteten (abgesehen von dem vom Land angestellten Lehrkräften) zuständig (§ 48 Abs. 2 SchG).

Die Verwaltung und Steuerung von Einrichtungen im Elementarbereich („Einrichtungen freier und öffentlicher Träger der Kinder- und Jugendhilfe, die Kinder im Alter von wenigen Monaten bis zum Schulbeginn aufnehmen“ (KMK 2013, S.55)) liegt bei den Kommunen, die „Gestaltung der konkreten Bildungsarbeit in den Kindertageseinrichtungen bei den Trägern“ (KMK 2013, S.54).

Die Gemeinden haben im vorobligatorischen Bereich auch verpflichtende Aufgaben: Sie müssen gemäß § 3 Abs. 1 KiTaG (Kindertagesbetreuungsgesetz)¹³ darauf hinwirken, dass für alle Kinder vom

⁹ <http://www.jugendbegleiter.de/>. 19.08.2013.

¹⁰ <http://www.qualipass.info/>. 19.08.2013.

¹¹ <http://old.ejwue.de/schuelermentor/index.htm>. 19.08.2013.

¹² <http://old.ejwue.de/schuelermentor/was-ist-smp/index.htm>. 19.08.2013.

¹³ Gesetz über die Betreuung und Förderung von Kindern in Kindergärten, anderen Tageseinrichtungen und der Kindertagespflege Baden- Württemberg. Online: <http://www.landesrecht-bw.de/jportal/?quelle=jlink&query=KiTaG+BW+%C2%A7+1&max=true>. 09.07.2013.



vollendeten dritten Lebensjahr bis zum Schuleintritt ein Kindergartenplatz zur Verfügung steht. Ferner haben sie darauf hinzuwirken, dass auch ein bedarfsgerechtes Angebot an Ganztagesplätzen zur Verfügung steht. Ab dem 01.08.2013 haben die Gemeinden außerdem auf ein bedarfsgerechtes Angebot an Plätzen in Tageseinrichtungen und in der Kindertagespflege für Kinder hinzuwirken, die das erste Lebensjahr noch nicht vollendet haben¹⁴. Generell sind die Gemeinden für die Förderung von Einrichtungen freier und privat-gewerblicher Träger (§ 8 Abs. 1 S. 1 KiTaG) und für die Umsetzung des Förderauftrags in den Tageseinrichtungen gemäß § 22 a SGB VIII (§ 2a Abs. 1 KiTaG) zuständig.

Neben den staatlichen vorobligatorischen und obligatorischen Bildungseinrichtungen bestehen noch Einrichtungen mit privater Trägerschaft (kirchliche und gesellschaftlich gruppierte Träger). Dies fördert nach Ansicht der KMK „Wettbewerb und Innovation im Bildungswesen“ (KMK 2013, S.33).

Die Förderung und Entwicklung der außerschulischen Jugendbildung wird im Gesetz zur Förderung der außerschulischen Jugendbildung (JBiG BW 1996)¹⁵ als öffentliche Aufgabe beschrieben (§ 1 Abs. 1 S. 2 JBiG BW 1996). Die Gemeinden werden in § 2 Abs. 2 JBiG BW 1996 ausdrücklich zur Förderung der Tätigkeiten der außerschulischen Jugendbildung aufgerufen.

Aufgaben	Stufen				
	Kindergarten	Grundschulen	Haupt-/ Werk- real-/ Real- schule, Gym- nasium	Gemeinschafts- schule	Sonderschule
Erhalt Schulgebäude	Gemeinde	Gemeinde § 48 Abs. 2 SchG			
Entlohnung der Lehrkräfte	Bundesland	Bundesland § 38 Abs. 1 SchG			
Entlohnung weiteres Personal	Gemeinde	Gemeinde § 48 Abs. 2 SchG			
Schulträger	Kirchlicher oder städtischer Träger	Gemeinden § 28 Abs. 1 SchG			
Ausbildung der Lehrkräfte	Bundesland Oberste Schulaufsichtsbehörde (Ministerium für Kultus, Jugend und Sport) § 35 Abs. 3 SchG, Ausbildung Grund- und HauptschullehrInnen in Art. 19 Abs. 1 Landesverfassung BaWü ¹⁶ geregelt				
Ernennung der Schulleitung	Träger	Bundesland (Obere Schulaufsichtsebene) Mitwirkung der Schulträger (Kommunen) § 40 Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 3 SchG			
Lehrpläne	Träger	Bundesland (Bildungsplan), Schulcurricula Oberste Schulaufsichtsbehörde (Ministerium für Kultus, Jugend und Sport)			

Abb. 2: Zuständigkeiten der öffentlichen Institutionen in Baden-Württemberg (eigene Darstellung)

¹⁴ Zum 01.08.2013 tritt das am 8. Februar 2009 beschlossene Gesetz zur Änderung des Kindertagesbetreuungsgesetzes und des Finanzausgleichsgesetzes in Kraft. Online: http://www9.landtag-bw.de/wp14/drucksachen/4000/14_4082_d.pdf. 09.07.2013.

¹⁵ Gesetz zur Förderung der außerschulischen Jugendbildung. Online: <http://www.landesrecht-bw.de/jportal/?quelle=jlink&query=JBiG+BW&psml=bsbawueprod.psml&max=true&aiz=true>. 09.07.2013.

¹⁶ Verfassung des Landes Baden-Württemberg. Online: <http://www.lpb-bw.de/bwverf/bwverf.htm>. 09.07.2013.



Internationale
Bodensee
Hochschule



Pädagogische
Hochschule Weingarten



4.3 Bildungssystem in Österreich/ Vorarlberg

Das Bildungssystem ist in Österreich zentralstaatlich geregelt, das heißt, es gibt keine unterschiedlichen Regelungen der Bundesländer. Die Zuständigkeiten der Bildungseinrichtungen teilen sich die Gemeinden mit den Bundesländern und dem Bund. Kindergärten sind beispielsweise den Gemeinden zugeordnet, die Pflichtschulen den Bundesländern und mittlere und höhere Schulen fallen in die Zuständigkeit des Bundes (vgl. Criblez et al. 2009, S. 77). Der außerschulische Bereich fällt vor allem in den Kompetenzbereich der Bundesländer und Gemeinden unter finanzieller Beteiligung des Bundes (vgl. Häfele 2011, S.328ff.).

Auch wenn Österreich bei der PISA-Studie 2006 Ergebnisse über dem OECD-Durchschnitt erlangen konnte, wurde die Qualitätssicherung im Bildungswesen ein wichtiges politisches Thema. Es wurden Kompetenzstandards eingeführt, um durch bisher fehlende „objektive Ergebniskontrollen“ und „verbindliche Abschlussprüfungen“ die regionalen Differenzen vor allem zwischen den ländlichen und städtischen Schulen zu verringern (vgl. Criblez et al. 2009, S.79). Mit Hilfe der Bildungsstandards werden am Ende der 4., der 8. und der 12. Jahrgangsstufe Regelstandards beschrieben, die die SchülerInnen im Durchschnitt erreicht haben sollen (vgl. BIFIE 2011-2013a).

Bildungsstandards Österreich

Der Leitgedanke bei der Implementierung von Bildungsstandards ist das Streben nach „mehr Verbindlichkeiten“, um „grundlegende Kompetenzen bei allen Schülerinnen und Schülern sicherzustellen“ (BIFIE 2011-2013b). Dies soll den schulischen Unterricht nachhaltig und ergebnisorientiert weiterentwickeln (vgl. BIFIE 2011-2013b). Es werden in den Bildungsstandards Kompetenzen ausformuliert, die „Fähigkeiten, Fertigkeiten und Haltungen“ beschreiben, „die für die weitere schulische und berufliche Bildung von zentraler Bedeutung sind“ (BIFIE 2011-2013b).

- „4. Jahrgangsstufe/Ende Primarschule: Deutsch, Mathematik
- 8. Jahrgangsstufe/Ende Sekundarstufe I: Deutsch, Mathematik, Englisch, Naturwissenschaften
- 12. Jahrgangsstufe/Ende AHS: Mathematik“

(Criblez et al. 2009, S.81)



Bildungsregion Österreich

	Alter	Schuljahr						
ISCED 0	0		Kindertageseinrichtung					
	1							
	2							
	3							
	4							
ISCED 1	5		Kindergarten					
	6							
	7							
	8							
ISCED 2	9	1	Vorschule					
	10							
	11							
	12							
ISCED 3	13	2	Volksschule					
	14							
	15							
	16							
	17							
ISCED 2	18	3	Oberstufe	Allgemeinbildende Höhere Schule		Hauptschule	Neue Mittelschule	
	19							
	20							
	21							
ISCED 3	22	4	Schulpflicht	Polytechn. Schule	Berufsbildende Mittlere Schule	Berufs- bildungs- anstalt für KIGA Soz.päd	Berufs- bildende Höhere Schule	Ober- stufen- real- gymnasium
	23			Berufsschule				
	24			Berufsbildende Schule				
	25							
	26							

Abb. 3 : Das Bildungssystem in Österreich (eigene Darstellung)

Die Organisation der Schulen ist im österreichischen Schulorganisationsgesetz (SchOG)¹⁷ geregelt, die Organisation der Kindergärten im Gesetz über das Kindergartenwesen (KGG)¹⁸.

ISCED Stufe 0 -vorobligatorische Schule

Der vorobligatorische Bereich besteht aus Kindertagesheimen, darunter Krippen, Horte, Kindergärten und altersgemischte Einrichtungen für Kinder im Alter von 0 bis 5 Jahren (vgl. Statistik Austria 2012, S.16). Der Besuch des Kindergartens ist in Vorarlberg freiwillig (§ 13 Abs. 1 KGG). Erst in dem Jahr vor der Einschulung besteht für Kinder eine Pflicht für den Besuch eines Kindergartens (§ 13b Abs. 1 lit. a KGG), ebenso, falls ein Sprachförderbedarf bei Kindern ab vier Jahren festgestellt wurde (§ 13b Abs. 1 lit. b KGG).

¹⁷ Schulorganisationsgesetz Österreich. Online: http://www.jusline.at/3_Gliederung_der_oesterreichischen_Schulen_SchOG.html. 07.06.2013.

¹⁸ Gesetz über das Kindergartenwesen Vorarlberg. Online: <http://voris.vorarlberg.at/VorisDownload/3/3100.pdf>. 09.07.2013.



ISCED Stufe 1 - Primarstufe

Volksschule

Mit dem 6. Lebensjahr beginnt in Österreich die Schulpflicht. Diese dauert neun Jahre (Art. 14 Abs. 7a B-VG¹⁹). Die Primarstufe ist in der Vor- und Volksschule angesiedelt und dauert vier Jahre. Allen SchülerInnen wird in der Volksschule eine gemeinsame Elementarbildung vermittelt (§ 9 Abs. 2 SchOG). Kinder, die zwar schulpflichtig aufgrund des Alters sind, aber noch nicht schulreif, besuchen die Vorschule der Volksschule (Grundstufe I) (§ 9 Abs. 1 SchOG). Beim Übergang von Primarstufe zur Sekundarstufe erfolgt eine erste Segregation in die drei Schultypen der ISCED Stufe 2. Eine Sonderstellung nimmt dabei die Sonderschule ein, die sowohl die Primar- als auch die Sekundarstufe umfasst (vgl. Statistik Austria 2012, S.16f).

ISCED-Stufe 2 – Sekundarstufe I

Für die SchülerInnen stehen nach der vierjährigen Primarstufe mehrere Möglichkeiten für den Besuch einer weiterführenden Schule zur Verfügung. Die Sekundarstufe I, welche die Klassenstufe 5 bis 8 umfasst, kann auf der Volksschul-Oberstufe, der Hauptschule, der Unterstufe der Allgemeinbildenden Höheren Schule (AHS) sowie durch Angebote der Sonderpädagogik und inklusiver Bildung absolviert werden (vgl. OeAD o.J.a).

Volksschule – Oberstufe (VS-Oberstufe)

Die Oberstufe der Volksschule hat die Aufgabe, den SchülerInnen eine grundlegende Allgemeinbildung zu vermitteln sowie diese je nach Interesse, Neigung, Begabung und Fähigkeit für das Berufsleben und zum Übertritt in mittlere Schulen oder in höhere Schulen vorzubereiten (§ 9 Abs. 3 SchOG). Nur ein sehr geringer Teil (0,01 Prozent) der SchülerInnen in Österreich besucht noch die Oberstufe der Volksschule (vgl. OeAD o.J.b).

Hauptschule (HS)

Die Hauptschule umfasst ebenfalls die Klassenstufe 5 bis 8. Um die Hauptschule besuchen zu können, müssen die SchülerInnen die Klassenstufe 4 der Volksschule erfolgreich abgeschlossen haben (§ 17 Abs. 1 SchOG). Bei Hauptschulen mit besonderem Schwerpunkt, beispielsweise im musischen oder sportlichen Bereich, ist zusätzlich die Ablegung einer Eignungsprüfung notwendig (§ 17 Abs. 2 SchOG).

Die Vermittlung einer grundlegenden Allgemeinbildung, die auf das Berufsleben vorbereitet und zum Übertritt in eine mittlere oder höhere Schule in der Sekundarstufe II befähigt, steht bei der Hauptschule im Vordergrund (§ 15 Abs. 1 SchOG). Die SchülerInnen werden insbesondere in den letzten beiden Schuljahren in der Hauptschule auf die Berufs- und Arbeitswelt vorbereitet (§ 16 Abs. 1 Nr. 2 SchOG).

Nach Abschluss der Hauptschule können die SchülerInnen alle weiterführenden Schulen besuchen. Etwa 40 Prozent der HauptschulabsolventInnen (größtenteils nach Absolvierung der Polytechnischen Schule) streben eine Lehrausbildung an, ein Fünftel besucht eine berufsbildende mittlere Schule (BMS), ein Viertel eine berufsbildende höhere Schule (BHS) und ca. 6 Prozent eine AHS-Oberstufe (vgl. OeAD o.J.b).

¹⁹ Bundesverfassungsgesetz Österreich. Online: <http://www.verfassungen.de/at/indexheute.htm>. 05.08.2013.



Internationale
Bodensee
Hochschule



Pädagogische
Hochschule Weingarten



Allgemeinbildende Höhere Schule (AHS-Unterstufe)

Die Allgemeinbildende Höhere Schule (AHS) ist in die Unterstufe (vier Schulstufen, Sekundarstufe I) und Oberstufe (vier Schulstufen, Sekundarstufe II) aufgeteilt. Insgesamt dauert sie acht Jahre (§ 35 Abs. 1 SchOG). Für den Besuch der Oberstufe ist der Besuch der Unterstufe Voraussetzung.

Um die AHS besuchen zu können, müssen die SchülerInnen entweder die Klassenstufe 4 der Volksschule erfolgreich abgeschlossen haben und in den Fächern Deutsch, Lesen und Mathematik gute oder sehr gute Leistungen erzielt haben, eine Empfehlung der Schulkonferenz der Volksschule für den Besuch der AHS vorweisen, oder eine Aufnahmeprüfung an einer AHS ablegen (§ 40 Abs. 1 SchOG).

Der Unterricht in der Unterstufe unterscheidet sich inhaltlich nicht von dem in der Hauptschule, es werden die gleichen Fächer unterrichtet. Ab der Klassenstufe 3 der AHS wird nach den Ausbildungsrichtungen Gymnasium, Realgymnasium und Wirtschaftskundliches Realgymnasium unterschieden. Die AHS soll eine umfassende und vertiefende Allgemeinbildung vermitteln und die SchülerInnen auf ein Universitätsstudium vorbereiten (§ 34 Abs. 1 SchOG).

Neue Mittelschule

Die Neue Mittelschule ist eine gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen, die alle SchülerInnen nach der erfolgreichen Absolvierung der Klassenstufe 4 der Volksschule besuchen können. Die Neue Mittelschule soll langfristig die Hauptschulen und die Unterstufe der AHS ersetzen, so dass alle SchülerInnen bis zu Ende der Klassenstufe 8 gemeinsam unterrichtet werden (vgl. OeAD o.J.b).

ISCED-Stufe 3 – Sekundarstufe II

Für die SchülerInnen in Österreich bieten sich nach der Sekundarstufe I verschiedene Möglichkeiten der weiterführenden Schulen, der Sekundarstufe II: Polytechnische Schulen, Berufsschulen und Lehre (Duales System), Berufsbildende Mittlere Schulen (BMS), Berufsbildende Höhere Schulen (BHS) (ohne 4. und 5. Jahrgänge) oder die Oberstufe der Allgemeinbildenden Höheren Schule (AHS) Dabei setzen Ausbildungen für Gesundheitsberufe, wie z.B. PflegehelferInnen, medizinische MasseurInnen ein höheres Eintrittsalter voraus (vgl. OeAD o.J.c).

Polytechnische Schule

Die einjährige Polytechnische Schule schließt an die 8. Schulstufe an und richtet sich hauptsächlich an SchülerInnen, die direkt nach der allgemeinen Schulpflicht einen Beruf erlernen wollen. Das neunte Schuljahr auf einer Polytechnischen Schule wird als Vorbereitung und Übergang in die duale Berufsausbildung gesehen und soll insbesondere auf die Berufsorientierung und die Berufsentscheidung vorbereiten (§ 28 Abs. 1 SchOG).

Berufsschulen und Lehre (Duales System)

Nach der neunjährigen Schulpflicht steht in Österreich allen SchülerInnen eine duale Ausbildung offen. Durch das duale System – Berufsschule und Lehre in einem Ausbildungsbetrieb – werden praxisorientierte und theoretische Elemente in der Ausbildung verbunden.

Entsprechend dem gewählten Lehrberuf dauert eine duale Ausbildung zwei bis vier Jahre und schließt mit der Lehrabschlussprüfung ab (vgl. OeAD o.J.d).



Berufsbildende Mittlere Schulen (BMS)

In den ein bis vier Jahre dauernden Berufsbildenden Mittleren Schulen (BMS) (oder Fachschulen) werden berufliche Qualifikationen und Allgemeinbildung vermittelt. Nach drei oder vier Jahren können SchülerInnen der BMS nach einer Abschlussprüfung eine abgeschlossene Berufsausbildung erlangen. Die nur ein oder zwei Jahre dauernden BMS vermitteln lediglich eine teilweise abgeschlossene Ausbildung. Gemeinsam mit dem Abschlussprüfungszeugnis wird die Europass Zeugniserläuterung ausgehändigt. Sie beschreibt Kompetenzen, die man im Rahmen der beruflichen Ausbildung erworben hat und erleichtert so insbesondere Arbeitgebern und Organisationen im Ausland eine solide Einschätzung des gesamten berufsbildenden Schulabschlusses.

Voraussetzung für den Besuch einer BMS ist der erfolgreiche Abschluss der achten Schulstufe. Nach der vierten Klasse der Hauptschule müssen SchülerInnen, die eine mindestens dreijährige BMS besuchen möchten, aber nicht den entsprechenden Notenschnitt haben, eine Aufnahmeprüfung absolvieren. Für SchülerInnen, die erfolgreich eine Polytechnische Schule besucht haben, entfällt diese Aufnahmeprüfung (§ 55 Abs. 1 SchOG).

Berufsbildende Höhere Schulen (BHS)

Die Ausbildung an einer Berufsbildenden Höheren Schule (BHS) dauert fünf Jahre und vermittelt neben einer höheren beruflichen Ausbildung auch eine fundierte Allgemeinbildung. Die SchülerInnen schließen die BHS mit der Reife- und Diplomprüfung ab (§ 69 Abs. 1 SchOG), womit sie sowohl eine Berechtigung zum Besuch einer Universität (Reifeprüfung) als auch bestimmte berufliche Qualifikationen erlangen (§ 69 Abs. 2 SchOG). Gemeinsam mit dem Abschlussprüfungszeugnis wird die Europass Zeugniserläuterung ausgehändigt.

Eine BHS kann nach dem erfolgreichen Abschluss der Klassenstufe 4 der Hauptschule, der Klassenstufe 4 oder einer höheren Stufe der Allgemeinbildenden Höheren Schule oder der Klassenstufe 9 der Polytechnischen Schule besucht werden. SchülerInnen, die nach der Klassenstufe 4 der Hauptschule nicht den entsprechenden Notenschnitt haben, müssen eine Aufnahmeprüfung absolvieren (§ 68 Abs. 1 SchOG).

Allgemeinbildende Höhere Schule – Oberstufe (AHS-Oberstufe)

Die Allgemeinbildende Höhere Schule (AHS) soll eine umfassende und vertiefende Allgemeinbildung und damit die Schaffung der für ein Universitätsstudium nötigen Voraussetzungen schaffen.

Nach der vierjährigen Unterstufe (Sekundarstufe I) schließt sich die ebenfalls vierjährige Oberstufe (Sekundarstufe II) an, welche mit der Reifeprüfung endet (§ 41 Abs. 1 SchOG).

SchülerInnen, die die Unterstufe der AHS absolviert haben, können die Oberstufe besuchen, ebenso nach Vorlage eines entsprechend guten Hauptschulabschlusses. In anderen Fällen kann auch eine Aufnahmeprüfung an der AHS Oberstufe abgelegt werden (§ 40 SchOG).

An der AHS gibt es drei unterschiedliche Formen, die jeweils andere Fächerkombinationen für die SchülerInnen bedeuten: Gymnasium, Realgymnasium und Wirtschaftskundliches Realgymnasium, die Unter- und Oberstufe umfassen und zusätzlich das nur die Oberstufe umfassende Oberstufenrealgymnasium (§ 36 SchOG).



Internationale
Bodensee
Hochschule



Pädagogische
Hochschule Weingarten



Sonderpädagogische Angebote

Sonderschulen

Kinder und Jugendliche mit sonderpädagogischem Förderbedarf können auf Wunsch der Eltern oder der Erziehungsberechtigten entweder in einer der Behinderungsart entsprechenden Sonderschule oder in integrativer/inklusive Form in einer Sonderschulklasse der Regelschule unterrichtet werden (§ 25 Abs. 1 SchOG). In Sonderschulen soll den SchülerInnen eine Bildung entsprechend der Volksschulen, Hauptschulen, Neuen Mittelschulen oder Polytechnischen Schulen vermittelt werden (§ 22 SchOG).

Es gibt neun Sonderschularten, die ein breites Spektrum an sonderpädagogischen Angeboten und Fördermaßnahmen anbieten (§ 25 Abs. 2 SchOG). In Integrationsklassen der Volksschule, der Hauptschule und der Unterstufe der Allgemeinbildenden höheren Schulen können Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderung gemeinsam unterrichtet werden (vgl. OeAD o.J.b).



4.4 Kommunale Verantwortlichkeit in Österreich, Land Vorarlberg

In der nachfolgenden Tabelle ist die Verteilung der Verantwortung im österreichischen Schulsystem auf den verschiedenen Ebenen des Staates dargestellt.

Aufgaben	Stufen				
	Kindergarten	Volksschulen 1.-4. Stufe	Mittelschulen 5.- 8. Stufe	Polytechnische Schulen 9. Stufe	Gymnasien 5. – 12. Stufe oder 9. – 12. Stufe Berufsbildende höhere Schulen 9. – 13. Stufe
Erhalt Schulgebäude	Gemeinde	Gemeinde	Gemeinde	Gemeinde	Staat Österreich
Entlohnung der Lehrkräfte	Gemeinde	Bundesland	Bundesland	Bundesland	Staat Österreich
Schulaufsicht	Ernennung aller Schulaufsichtspersonen durch das Bundesministerium/ Staat Österreich				
Ausbildung der Lehrkräfte	Bundesanstalt für Kindergartenpädagogik (Gymnasiale Oberstufe mit Matura) Staat Österreich	PH Staat Österreich	PH Staat Österreich	PH Staat Österreich	Universität Staat Österreich
Ernennung der Schulleitung	Bundesland	Bundesland	Bundesland	Bundesland	Vorschlag Bundesland, Ernennung durch Bundesministerium
Lehrpläne	Staat Österreich				

Abb. 4: Zuständigkeit im österreichischen Bildungssystem (in Anlehnung an B-VG²⁰, BSchAufsG²¹ und Schulerhaltungsgesetz²²)

Die Zusammenstellung zeigt, dass die Kommunen in Österreich für die Erhaltung der öffentlichen Pflichtschulen und der Kindergärten zuständig sind. Unter Erhaltung einer öffentlichen Pflichtschule fallen die Bereitstellung und Instandhaltung der Schulgebäude und der übrigen Schulliegenschaften, deren Reinigung, Beleuchtung und Beheizung, die Anschaffung und Instandhaltung der Schuleinrich-

²⁰ Bundesverfassungsgesetz Österreich. Online: <http://www.verfassungen.de/at/indexheute.htm>. 05.08.2013.

²¹ Bundesschulaufsichtsgesetz. Online: <http://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10009264&ShowPrintPreview=True>. 05.08.2013.

²² Gesetz über die Errichtung, Erhaltung und Auflassung der öffentlichen Pflichtschulen und der öffentlichen Schülerheime Vorarlberg. Online: <http://voris.vorarlberg.at/VorisDownload/3/3002.pdf>. 28.05.13.



tung und der Lehrmittel, die Deckung des sonstigen Sachaufwandes sowie die Beistellung des zur Betreuung der Schulgebäude und der übrigen Schulliegenschaften erforderlichen Hilfspersonals. Bei ganztägigen Schulen ist die Gemeinde zudem auch verantwortlich für die Verpflegung der SchülerInnen und für die Beistellung der für den Freizeitteil erforderlichen Lehrpersonen, ErzieherInnen oder FreizeitpädagogInnen (vgl. Schulerhaltungsgesetz).

Das Kindergartenwesen

Die Zuständigkeit der öffentlichen Kindergärten ist im Kindergartengesetz (KGG) von Vorarlberg wie folgt festgelegt:

Errichtung und Betrieb

Es bestehen verschiedene Möglichkeiten bezüglich eines Rechtsträgers eines Kindergartens. Unter anderem kann dies jede inländische Gebietskörperschaft sein, so auch die Gemeinde.

Aufgabe und Organisation

Die pädagogischen Rahmenbedingungen sind durch die von der Landesregierung verordneten näheren Bestimmungen über die Erziehung und vorschulische Bildung (Bildungs- und Erziehungsplan) festgelegt.

Die Gemeinde hat jährlich im Frühjahr den Bedarf an zukünftigen Kindergartenplätzen zu erheben. Dabei muss sie folgende Aspekte berücksichtigen:

- den Bestand an Kindergartenplätzen in der Gemeinde (inkl. anderer Rechtsträger)
- die örtlichen Gegebenheiten, wie Bevölkerungs-, Siedlungs- und Verkehrsstruktur
- die Bedarfsmeldungen von Erziehungsberechtigten

Die Gemeinde ist ferner dafür verantwortlich, die Eltern von nicht angemeldeten Kindern aufzufordern, einen möglichen Sprachförderbedarf ihrer Kinder feststellen zu lassen.

Fortbildung

Die KindergartenpädagogInnen sind verpflichtet, vier Tage im Jahr an Fortbildungsveranstaltungen teilzunehmen. Die Rechtsträger der Kindergärten sind verpflichtet, diese Teilnahme zu ermöglichen (§ 18 Abs. 1 KGG).

Aufsicht

Die Kindergärten unterliegen der Aufsicht der Bezirkshauptmannschaft. Diese hat dafür zu sorgen, dass die den Rechtsträgern der Kindergärten nach diesem Gesetz obliegenden Verpflichtungen erfüllt werden (§ 20 Abs. 1 KGG).

Dienstrecht der Gemeinde-Kindergartenpädagogen / Gemeinde-Kindergartenpädagoginnen

Unter diesem Abschnitt sind die bestimmenden Kriterien für das Gehalt der KindergartenpädagogInnen aufgeführt.



Außerschulischer Bereich

Die außerschulische Jugendarbeit umfasst auf Bundesland und Gemeindeebene:

- *Vernetzungsarbeit (zwischen und mit Mitgliedsorganisationen, mit VertreterInnen der Politik, anderen AkteurInnen der Jugendarbeit, NGOs, den Medien und Fachleuten)*
- *Förderung und Unterstützung von Jugendorganisationen*
- *Aus- und Weiterbildungsangebote für MitarbeiterInnen der Organisationen*
- *koordinierende und impulsgebende Funktionen*
- *finanzielle Beteiligungen des Bundes überwiegend auf der Ebene der Bundesstellen*

(vgl. Häfele 2011, S. 379ff).

4.5 Bildungssystem in der Schweiz/ Kanton Thurgau

In der Schweiz ist das Bildungssystem *dezentral-föderalistisch* angelegt. Bund und Kantone teilen sich die Verantwortung für das Bildungswesen, wobei die *Kantone* weitgehend autonom die Schulen verwalten und die Vielfalt der Kantone dadurch erhalten bleibt. Es besteht kein Bundesministerium, jedoch eine Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EKD) mit der Funktion „*Koordination und Harmonisierung zu fördern*“ (Criblez et al. 2009, S.89) und „*Bundeslösungen im Kompetenzbereich der Kantone zu verhindern*“, (Criblez 2007, S.270f). Im Jahr 2004 stellte die EDK mit der „*Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule (HarmoS-Konkordat)*“ (Criblez et al. 2009, S.92) folgende Ziele auf:

- *Harmonisierung der Lerninhalte*
- *Stärkung einer koordinierten Steuerung der obligatorischen Schule*
- *Evaluation des Bildungssystems auf gesamtschweizerischer Ebene*
- *Qualitätsentwicklung des Bildungssystems*

(Criblez et al. 2009, S.92)

Die Schweizer Bildungsstandards sind „*ergebnisorientierte Leistungsstandards, sogenannte Performance Standards*“ (Criblez et al. 2009, S.92), welche über ein regelmäßiges Bildungsmonitoring überprüft werden sollen. „*Im Gegensatz zu Österreich und Deutschland soll das festzulegende Niveau in der Schweiz eine Leistungsstufe bezeichnen, deren Erreichung von sämtlichen Schülerinnen und Schülern einer Schulstufe erwartet werden kann; insofern handelt es sich um sogenannte Basis – oder Mindeststandards*“ (Criblez et al. 2009, S.92f.).

Bildungsstandards in der Schweiz

2011 hat die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) die ersten nationalen Bildungsziele (Bildungsstandards) für die obligatorische Schule freigegeben. Diese beschreiben, welche Grundkompetenzen die SchülerInnen in der Schulsprache, in Fremdsprachen, in Mathematik und in den Naturwissenschaften bis zum Ende des 4., 8. und 11. Schuljahres erwerben sollen (vgl. EDK o.J.b). Die erste Überprüfung der Erreichung der Grundkompetenzen erfolgt im Jahr 2016 in der 11. Klassenstufe in Mathematik. Geplant sind Tests im Jahr 2017 in der 8. Klassenstufe in der Schulsprache und der ersten Fremdsprache und im Jahr 2019 in der 4. Klassenstufe in Mathematik und in den Naturwissenschaften (vgl. EDK 2013).

Durch die Mehrsprachigkeit der Schweiz steht das Bildungswesen vor besonderen Herausforderungen. Die „*föderalistische und dezentrale Struktur*“ ermöglicht den Kantonen, das Bildungssystem passend für die Bedürfnisse ihrer Bevölkerung anzubieten. Dennoch wird über die sogenannte „*Harmonisierung der obligatorischen Schule*“ eine gemeinsame Basis aller Kantone in Bereichen wie „*Schulein-*



trittsalter, die Schulpflicht, die Dauer und Ziele der Bildungsstufen sowie die Übergänge zwischen den Bildungsstufen“ (EDK o.J.a) geschaffen. Der nachobligatorische Bereich liegt sowohl in der Verantwortung des Bundes als auch der Kantone. Darunter fallen allgemeinbildende Schulen, Berufsbildung und Hochschulen (vgl. EDK o.J.a).

Aufgrund der dezentral-föderalistischen Bildungsstruktur entstehen zum Teil deutliche Unterschiede im Bildungssystem der Schweizer Schulen. Im Folgenden wird nun das Thurgauer Bildungssystem beschrieben, da die partizipierenden Schulen dem Kanton Thurgau angehören.

Bildungsregion Thurgau

	Alter	Schuljahr			
ISCED 0	0		Kindertagesstätte		
	1				
	2				
	3				
	4				
	5		Kindergarten		
ISCED 1	6	1	Primarschule (Unterstufe)		
	7	2			
	8	3			
	9	4			
	10	5			
	11	6			
ISCED 2	12	7	Primarschule (Mittelstufe)		
	13	8			
	14	9			
		10	Sekundarschule mit Grundansprüchen (Typ G) und erweiterten Ansprüchen (Typ E)		
			Brückenangebote		
ISCED 3	15	10	Berufliche Grundausbildung 2 Jahre (mit Berufsattest)	Maturitätsschulen (PMS, BMS, FMS, HMS, IMS)	Gymnasiale Maturitätsschulen (GMS)
	16	11			
	17	12	3-4 (mit eid. Fähigkeitsausweis)		
	18	13			

Abb. 5: Das Bildungssystem im Kanton Thurgau (eigene Darstellung)

ISCED-Stufe 0 - Vorschule

Betreuung für Kinder unter drei Jahren

Für die familienergänzende Betreuung von Kindern unter drei Jahren stehen im Kanton Thurgau verschiedene Angebote wie Kindertagesstätten, Kinderkrippen, Spielgruppen usw. mit privater Trägerschaft zur Verfügung (vgl. Kinderbetreuung Schweiz 2001-2011).



Internationale
Bodensee
Hochschule



Pädagogische
Hochschule Weingarten



Kindergarten

Im Kanton Thurgau sind die Kinder ab 4 Jahren kindergartenpflichtig. Für zwei Jahre besuchen sie den Kindergarten (vgl. Department für Erziehung und Kultur 2008, S.6).

ISCED-Stufe 1 - Primarstufe

Ab dem 6. Lebensjahr sind die Kinder im Kanton Thurgau schulpflichtig. Sie besuchen die Primarschule, welche sechs Jahre dauert. Die Unterstufe umfasst die 1. bis 3. Klassenstufe und die Mittelstufe die 4. bis 6. Klassenstufe.

Die wöchentliche Unterrichtszeit beträgt in der 1. Klasse: 20 bis 24 Lektionen, in der 2. Klassenstufe 24 Lektionen, in der 3. Klasse 29 Lektionen und in der Mittelstufe 30 Lektionen (vgl. Department für Erziehung und Kultur 2008, S.6).

Seit dem Schuljahr 2009/10 besuchen die SchülerInnen ab der 3. Klassenstufe den Englischunterricht.

ISCED-Stufe 2 - Sekundarstufe I

Anschließend an die Primarschule besuchen die SchülerInnen für drei Jahre die Sekundarschule (7.-9. Klasse). Seit 2009/2010 werden alle Schulen der Sekundarschule I im Kanton Thurgau als „Durchlässige Sekundarschulen“ (DLS) geführt. Die Durchlässige Sekundarschule ist in zwei Typen gegliedert: Typ G mit grundlegenden Anforderungen und Typ E mit erweiterten Anforderungen (vgl. Department für Erziehung und Kultur 2011, S.48). Die SchülerInnen werden ihren schulischen Leistungen entsprechend in einer Stammklasse des jeweiligen Typs unterrichtet (vgl. Department für Erziehung und Kultur 2008, S.14). Die Sekundarschule „Sek E“ soll einerseits die Jugendlichen auf eine Berufslernlehre vorbereiten und andererseits den stärkeren SchülerInnen den Anschluss an weiterführende Schulen ermöglichen (SSG Arbon o.J.a). Ein Schwerpunkt des Schulmodells der Durchlässigen Sekundarschule ist die Differenzierung. Der Unterricht wird stammklassenübergreifend in mindestens zwei Fächern je nach Leistung auf zwei oder drei Niveaus erteilt (vgl. Department für Erziehung und Kultur 2011, S.46).

In der Schulgemeinde Arbon werden die beiden Typen vorläufig weiterhin als Realschule (Sekundarschultyp G) und Sekundarschule (Typ E) bezeichnet. Der Niveauunterricht wird in den Fächern Mathematik und Englisch auf drei Niveaus angeboten, wobei „Niveau g“ für grundlegende, „Niveau m“ für mittlere und „Niveau e“ für erweiterte Anforderungen steht (vgl. SSG Arbon o.J.a).

Die Zuteilung zu den zwei Typen und den Niveaus erfolgt beim Übergang von der Primarschule in die Sekundarschule durch die Primarschullehrperson. Wenn die Eltern mit der Einteilung nicht einverstanden sind, besteht die Möglichkeit, eine Prüfung abzulegen. Die Unterrichtszeit umfasst in der Sekundarschule pro Woche je 33 Lektionen in der 1. und 2. Klasse und 31 bis 33 Lektion plus Freifächer in der 3. Klasse (vgl. Department für Erziehung und Kultur 2008, S.14).

Brückenangebote

Der Kanton Thurgau verfügt über zwei Brückenangebote mit einem schulischen Schwerpunkt und einem Angebot mit praktischer Ausrichtung. Die beiden Angebote mit einem schulischen Schwerpunkt unterscheiden sich diesbezüglich, dass SchülerInnen, deren berufliche Ausrichtung noch unklar ist, den Typ A besuchen und SchülerInnen, die ihre Berufsrichtung kennen, aber keine Lehrstelle gefun-



Internationale
Bodensee
Hochschule



Pädagogische
Hochschule Weingarten



den haben, den Typ B. Das Angebot mit praktischer Ausrichtung wendet sich an SchülerInnen, die im hauswirtschaftlichen Bereich eine Zwischenlösung suchen (vgl. Department für Erziehung und Kultur 2008, S.19ff).

ISCED-Stufe 3 -Sekundarstufe II

Die Sekundarstufe II umfasst sowohl eine berufliche Grundbildung als auch folgende Typen weiterführender Schulen:

- Die gymnasialen Maturitätsschulen (GMS) vermitteln eine breite Allgemeinbildung und bereiten auf ein Hochschulstudium vor.
- Die Pädagogische Maturitätsschule (PMS) in Kreuzlingen hat ein musisch-pädagogisches Profil und bereitet auf die Ausbildung an einer Pädagogischen Hochschule vor.
- In den Berufsmaturitätsschulen (BMS) wird die Berufsmaturität erlangt. Das Fähigkeitszeugnis mit Berufsmaturität ermöglicht einen prüfungsfreien Eintritt in eine Fachhochschule.
- Die Fachmittelschule (FMS) bereitet auf Berufsausbildungen in den Bereichen Gesundheit, Soziale Arbeit und Erziehung vor.
- Die Handelsmittelschule (HMS) vermittelt Kenntnisse in Hinblick auf eine kaufmännische Berufstätigkeit und kann zur Berufsmaturität führen.
- Die Informatikmittelschule (IMS) führt zum eidgenössischen Fähigkeitszeugnis als Informatiker und zur kaufmännischen Berufsmaturität.

(vgl. Department für Erziehung und Kultur 2008, S.26ff).

Sonderpädagogische Angebote

SchülerInnen mit ausgewiesener Sonderschulbedürftigkeit besuchen Sonderschulen. Dies sind private Institutionen, mit denen der Kanton Leistungsvereinbarungen abgeschlossen hat. Das Amt erteilt für die betroffenen SchülerInnen eine Kostengutsprache und die Eltern übernehmen ihrerseits einen Beitrag für die Verpflegung und die Betreuung ihres Kindes (vgl. Department für Erziehung und Kultur 2008, S.16).

Für SchülerInnen mit besonderen Bedürfnissen stehen je nach örtlicher Schule folgende ergänzenden und unterstützenden Förderangebote zur Verfügung:

- Einschulungsklassen
- Heilpädagogische Maßnahmen
- Schulische Heilpädagogik (SHP)
- Sonderklassen
- Förderkurse
- Deutschkurs für Fremdsprachige
- Kurse in heimatlicher Sprache und Kultur
- Begabtenförderung in Sport und Musik (nur auf der Sekundarstufe I)

(vgl. Department für Erziehung und Kultur 2008, S.11, S.15).



Übergreifende Themen

Im Kanton Thurgau sind in allen Schulen Schulleitungen eingesetzt (vgl. Department für Erziehung und Kultur 2011, S.46).

Seit 2010 ist die Einführung der Blockzeiten²³ auf der Stufe des Kindergartens und der Primarschule mit einer Übergangsfrist von drei Jahren gesetzlich verankert (vgl. Department für Erziehung und Kultur 2011, S.12).

Die Einführung von ICT im Unterricht ist im Kanton freiwillig. Laut Bildungsbericht haben 75 Prozent der Primarschulen dieses Schulentwicklungsprojekt in Angriff genommen. Im Jahr 2013 wird eine breit angelegte Standortbestimmung den Entwicklungsstand der Schulen im Bereich ICT erheben (vgl. Department für Erziehung und Kultur 2011, S.46).

Aktuelle Gesetzesanpassungen im Bereich der Schulfinanzierung verweisen darauf, dass der Autonomie der Schulgemeinden und der Schulen eine hohe Bedeutung beigemessen wird (vgl. Department für Erziehung und Kultur 2011, S.6).

4.6 Kommunale Verantwortlichkeit in der Schweiz, im Kanton Thurgau

Das Schweizer Bildungssystem ist föderalistisch und im obligatorischen Bereich dezentral organisiert und geregelt. Die Kantone sind für das Schulwesen zuständig (vgl. EKD o.J.a). Träger der Volksschule sind die Kommunen. Die Finanzierung der lokalen Schule erfolgt gänzlich oder zu großen Teilen über die Erhebung von Steuern bei den EinwohnerInnen der jeweiligen Kommune.

Aufgaben	Stufen			
	Kindergarten	Volksschulen bis Sekundarstufe I	Berufsfachschulen	Mittelschulen
Erhalt Schulgebäude	Primarschulgemeinde	Primarschulgemeinde Sekundarschulgemeinde	Kanton	Kanton
Entlohnung der Lehrkräfte	Primarschulgemeinde	Primarschulgemeinde Sekundarschulgemeinde	Kanton	Kanton
Schulaufsicht	Kantonale Schulaufsicht	Kantonale Schulaufsicht	Kantonale Schulaufsicht	Kantonale Schulaufsicht
Ausbildung der Lehrkräfte	Pädagogische Hochschule (Kanton Thurgau: Kreuzlingen)			
Ernennung der Schulleitung	Primarschulgemeinde	Primarschulgemeinde Sekundarschulgemeinde	Kanton	Kanton
Lehrpläne	Kanton	Kanton	Bund/Kanton	Kanton

Abb. 6: Zuständigkeiten der öffentlichen Institutionen in der Schweiz (eigene Darstellung)

Der Kanton Thurgau, Standortkanton der beiden in der Studie untersuchten Kommunen, kennt die lokale Organisation von Volksschulgemeinden, bzw. Primar- und Sekundarschulgemeinden, denen die

²³ Der Begriff „Blockzeiten“ umfasst im Kanton Thurgau, dass jeden Vormittag der Unterricht im Kindergarten in Blöcken zu mindestens drei Stunden und in der Primarschule in Blöcken zu dreieinhalb Stunden stattfindet.



Führung, Organisation und Finanzierung der lokalen Schule obliegt (Volksschulgesetz Thurgau²⁴, 2008, Art. 58). Ist das Gebiet der Volksschulgemeinde mit demjenigen der politischen Gemeinde deckungsgleich, kann auch die politische Gemeinde die Aufgabe der Schulgemeinde übernehmen (Volksschulgesetz Thurgau, 2008, Art. 62).

Die beiden untersuchten Kommunen Arbon und Kreuzlingen sind je in eine Primarschulgemeinde und eine Sekundarschulgemeinde aufgeteilt. Das Einzugsgebiet der Sekundarschulgemeinde umfasst in beiden Fällen auch Außengemeinden, während das Gebiet der Primarschulgemeinden sich mit demjenigen der politischen Gemeinden deckt.

Eine an der Wahlurne gewählte Schulbehörde²⁵ führt die Schulgemeinde. Sie ist das ausführende Organ und trifft die Entscheide gemäß der kantonalen Schulgesetzgebung. (Volksschulgesetz Thurgau, 2008, Art. 63). In der Verantwortung der lokalen Schulbehörde – und damit der kommunalen Ebene – liegen:

- Die Festlegung der langfristigen Zielsetzungen und Grundlagen der lokalen Schule
 - Die Organisation der lokalen Schule
 - Die Festlegung der Schwerpunkte der Schul- und Qualitätsentwicklung
 - Die Überprüfung der Einhaltung der Vorgaben
 - Die Wahl des Personals
 - Die Festlegung von Budget und Jahresrechnung
 - Die Verantwortung für Planung, Bereitstellung und Unterhalt der Liegenschaften und der Infrastruktur
 - Die Zusammenarbeit mit der politischen Gemeinde, mit dem Kanton und mit anderen Körperschaften
- (vgl. VTGS 2013).

Die Detailorganisation, die direkte Personalführung und die Verantwortung für die Schulentwicklung sind an Schulleitungen delegiert.

Für die Schulen der Sekundarstufe II (Berufsfachschulen und Mittelschulen) ist der Kanton zuständig. Die vorschulischen ebenso wie die außerschulischen Angebote liegen in der Verantwortung der politischen Gemeinde.

²⁴ Volksschulgesetz Thurgau. Online: http://www.rechtsbuch.tg.ch/frontend/versions/576/download_pdf_file. 10.07.2013.

²⁵ In Abb. 6 als Primarschulgemeinde und Sekundarschulgemeinde dargestellt.



Teil B: Durchführung der Erhebung

5. Forschungsanliegen

Das folgende Kapitel behandelt die Vorgehensweise der Datenerhebung in den Kommunen. Die forschungsmethodische Vorgehensweise orientiert sich dabei an den zentralen Fragestellungen:

- Welche Bildungsdaten liegen in den Kommunen vor?
- Welche Bildungsdaten können in den Kommunen zusätzlich beschafft werden?
- In welcher Qualität liegen die Bildungsdaten den Kommunen vor?
- Welche Daten werden bereits heute für Steuerungszwecke verwendet?

Neben der Vorstellung des Forschungsvorgehens werden die eingesetzten Instrumente im Folgenden beschrieben.

5.1 Auswahl der Kommunen

Als Stichprobe dienten für diese Untersuchung sechs Kommunen aus dem Städtebund der Region Bodensee. Um die Bildungssysteme und kommunale Verantwortung in allen drei Ländern abzubilden, nahmen aus jedem teilnehmenden Bodenseeanrainerstaat zwei Kommunen teil. Nach einer allgemeinen Information aller im Städtebund Bodensee organisierten Gemeinden erklärten sich die ausgewählten Kommunen auf gezielte Anfrage hin bereit, am Projekt teilzunehmen. Auf deutscher Seite waren dies Tettngang und Weingarten, in Österreich Bregenz und Dornbirn und in der Schweiz Arbon und Kreuzlingen. In ersten Gesprächen mit den Kommunen wurde die Vorgehensweise den jeweiligen AnsprechpartnerInnen erläutert.

5.2 Kurzbeschreibung der einzelnen Gemeinden

5.2.1 Deutschland

Gemeinde Tettngang

Das Gebiet der Gemeinde Tettngang umfasst ca. 70 km² und zählte laut Statistischem Bundesamt im Jahr 2011 rund 18.500 EinwohnerInnen (vgl. Statistisches Bundesamt 2011, S.14).

Für die Kleinkinderbetreuung unter 3 Jahren stehen fünf Krippengruppen zur Verfügung. Zusätzlich bieten alle Kindergärten maximal zwei Kindern pro Gruppe Plätze für Kinder zwischen 2 und 3 Jahren an.

Insgesamt verfügt die Gemeinde über vier städtische, sieben kirchlich geleitete und zwei private Kindergärten.

Ganztagesbetreuung bieten insgesamt sieben Kindergärten, wobei ein Kindergarten dieses Angebot nur an zwei Tagen der Woche (Dienstag und Donnerstag) anbietet (vgl. Stadt Tettngang o.J.a).



Die Gemeinde Tettngang verfügt über folgende Schulen:

Grundschule	Werkrealschule	Realschule	Gymnasium	Förderschule
<ul style="list-style-type: none"> • Kau • Schillerschule • Schulgemeinschaft Argental – GS Obereisenbach • Manzenbergschule • Schulgemeinschaft Argental – GS Hiltensweiler 	<ul style="list-style-type: none"> • Manzenbergschule • Manzenbergschule - Außenstelle Werkrealschule Laimnau 	<ul style="list-style-type: none"> • Realschule Tettngang 	<ul style="list-style-type: none"> • Montfort Gymnasium 	<ul style="list-style-type: none"> • Uhlandschule • Janusz-Korczak-Schule (Private Sonderschule für Erziehungshilfe)

Abb. 7: Schulen in der Gemeinde Tettngang (eigene Darstellung)

(vgl. Stadt Tettngang, o.J.b).

Gemeinde Weingarten

Die Stadt Weingarten mit rund 12 km² und rund 26.000 EinwohnerInnen liegt in Oberschwaben. Mit der Pädagogischen Hochschule, der Fachhochschule, der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart, dem Seminar für Berufsschule und Gymnasiallehramt verfügt die Stadt über ein breites Angebot an Bildungseinrichtungen (vgl. Stadt Weingarten o.J.a). Für Kinder unter drei Jahren gibt es acht Angebote, für Kinder von drei bis sechs Jahren gibt es 13 Ganztagsbetreuungsangebote und Kindergärten (vgl. Stadt Weingarten o.J.c). In der Gemeinde befinden sich alle Kindertageseinrichtungen in privater Trägerschaft. Somit besitzt die Stadt Weingarten in diesem Bereich keine direkte Steuerungsfunktion. Im Folgenden werden die Schulen aufgeführt:

Grundschule	Werkrealschule	Realschule	Gymnasium	Förderschule
<ul style="list-style-type: none"> • Talschule • Schule am Martinsberg, Standort Promenade • Schule am Martinsberg, Standort Oberstadt 	<ul style="list-style-type: none"> • Talschule 	<ul style="list-style-type: none"> • Realschule (mit bilingualem Zug) 	<ul style="list-style-type: none"> • Gymnasium 	<ul style="list-style-type: none"> • Schussentalschule (Förderschule) • Schulen des Körperbehindertenzentrums Oberschwaben, KBZO (Nicht in der Trägerschaft der Stadt Weingarten)

Abb. 8: Schulen in der Gemeinde Weingarten (eigene Darstellung)

(vgl. Stadt Weingarten o.J.b).



5.2.2 Österreich

Gemeinde Bregenz

Die Gemeinde Bregenz hat rund 28.000 EinwohnerInnen und 30 km² (vgl. Stadt Bregenz 2005).

Für die Eltern stehen in der Gemeinde Bregenz vier Einrichtungen für die Kleinkindbetreuung der 0- bis 3-Jährigen zur Verfügung. Von den insgesamt sechzehn Kindergärten, davon acht städtische und vier private Kindergärten sowie vier Spielgruppen, bieten vier Einrichtungen eine Ganztagesbetreuung (vgl. Stadt Bregenz 2013)

Folgende Schulen befinden sich in Bregenz:

Volksschule	Mittelschule	Zusätzliche Schulen	Höhere Schulen	Berufs- und Fachschulen
<ul style="list-style-type: none"> • Bregenz-Augasse • Bregenz-Fluh • Bregenz-Rieden • Bregenz-Riedenburg • Bregenz-Schendingen • Bregenz-Stadt • Private Volksschule Marienberg • Schule Weidach Bregenz (VS) 	<ul style="list-style-type: none"> • Bregenz-Rieden • Bregenz-Stadt • Bregenz-Vorkloster 	<ul style="list-style-type: none"> • Polytechnische Schule Bregenz • Schule Bregenz Weidach (ASO) 	<ul style="list-style-type: none"> • Bundesgymnasium Bregenz Gallusstraße • Bundesgymnasium und Bundesrealgymnasium Bregenz • Bundeshandelsakademie und Bundeshandelsschule Bregenz • Einjährige Wirtschaftsfachschule Marienberg, Bregenz • Fachschule für wirtschaftliche Berufe Marienberg, Bregenz • Gymnasium der Zisterzienser Mehrerau Bregenz • Gymnasium Sacré Coeur Riedenburg, Bregenz • Höhere Lehranstalt für wirtschaftl. Berufe Marienberg, Bregenz • Höhere Lehranstalt für wirtschaftliche Berufe Sacré Coeur Riedenburg • Höhere technische Bundeslehr- und Versuchsanstalt Bregenz 	<ul style="list-style-type: none"> • Landesberufsschule Bregenz 1 • Landesberufsschule Bregenz 2 • Landesberufsschule Bregenz 3 • Schule für allgemeine Gesundheits- und Krankenpflege Bregenz • Schule für Sozialberufsbereufe

Abb. 9: Schulen in der Gemeinde Bregenz (eigene Darstellung)

(vgl. Vorarlberger Bildungsservice 2013).



Gemeinde Dornbirn

Laut dem Stadt-Portrait von Dornbirn ist „Dornbirn als größte Stadt Vorarlbergs die Handels- und Wirtschaftsmetropole des Landes“ (Stadt Dornbirn o.J.a) mit einer Fläche von ca. 120 km² und im Jahr 2011 rund 47.000 gemeldete EinwohnerInnen (vgl. Stadt Dornbirn o.J.b). Im Bildungsbereich ist die Stadt besonders von der ersten Fachhochschule Vorarlbergs geprägt (vgl. Stadt Dornbirn o.J.a).

Die Kleinkindbetreuung bietet Kindern von 0 bis 4 Jahren, meist jedoch von 1,5 bis 4 Jahren in dreizehn privaten Einrichtungen vorwiegend Ganztagesbetreuung (vgl. Stadt Dornbirn o.J.c).

Volksschule	Mittelschule	Zusätzliche Schulen	Höhere Schulen	Berufs- und Fachschulen
<ul style="list-style-type: none"> • Edlach • Mittelfeld • Haselstauden • Oberdorf • Leopoldstraße • Wallenmahd • Rohrbach • Markt • Schoren • Ebnit • Gütle • Winsau • Watzenegg • Kehlegg • Heilgereuthe • (vgl. Stadt Dornbirn o.J.b) 	<ul style="list-style-type: none"> • Haselstauden • Bergmannstraße (Musikhauptschule) • Lustenauerstraße • Baumgarten • Markt • (vgl. Stadt Dornbirn o.J.b) 	<ul style="list-style-type: none"> • Sonderpädagogisches Zentrum • Landeszentrum für Hörgeschädigte • Polytechnische Dornbirn (mit den Fachbereichen Handel & Büro, Tourismus & Dienstleistung, Elektro, Metall sowie Holz & Bau) • (vgl. Stadt Dornbirn o.J.b) 	<ul style="list-style-type: none"> • Bundesgymnasium Dornbirn • BRG und BORG Dornbirn Schoren • Sportgymnasium Dornbirn • HTL Dornbirn • (vgl. Stadt Dornbirn o.J.b) 	<ul style="list-style-type: none"> • Fachschule für wirtschaftliche Berufe • Landesberufsschule 1 • Landesberufsschule 2 • (vgl. Stadt Dornbirn o.J.c)

Abb. 10: Schulen in der Gemeinde Dornbirn (eigene Darstellung)



5.2.3 Schweiz

Gemeinde Kreuzlingen

Mit über 20.400 EinwohnerInnen ist Kreuzlingen die zweitgrößte Stadt des Kantons Thurgau und die größte Schweizer Stadt am Bodensee. Das Gemeindegebiet umfasst ca. 11.5 km². Die Stadt versteht sich als Bildungsmetropole des Thurgaus. Mit der Entwicklung zur Hochschulstadt hat Kreuzlingen diese Stellung weiter ausgebaut. Außerdem liegen die Universität und die Fachhochschule der Nachbarstadt Konstanz in unmittelbarer Nähe. Das Bildungswesen wird als Erfolgsposition von Kreuzlingen betrachtet – umso mehr als die Standortfaktoren Bildung und Forschung noch an Bedeutung gewinnen werden.

Die Volksschule Kreuzlingen setzt sich zusammen aus der Primarschul- und der Sekundarschulgemeinde. Zur Letzteren gehören auch die Gemeinden Bottighofen und Oberhofen-Lengwil. Die SchülerInnen werden vom Kindergarten bis zur dritten Sekundarstufe unterrichtet.

Daneben finden sich in Kreuzlingen eine Berufsfachschule für die Bereiche Bau und Mode, eine Mittelschule und die Pädagogische Hochschule des Kantons Thurgau (vgl. Stadtverwaltung Kreuzlingen o.J.).

Volksschule	Berufsfachschule	Mittelschule	Hochschule
<ul style="list-style-type: none"> Primarschulgemeinde: Kindergarten: Bachweg Burg Emmishofen Finkernstrasse Freieweg Kurzrickenbach Lummerland Paulisgut Seetal Wehrli Weinburg Zeppelinring Primarschule: Bernegg Emmishofen Felsenschlössli Kurzrickenbach Roseneegg Schreiber Seetal Wehrli Weinburg Sekundarschulgemeinde: SGZ Egelsee SGZ Pestalozzi SGZ Remisberg 	<ul style="list-style-type: none"> Berufsfachschule Kreuzlingen: Bau und Mode 	<ul style="list-style-type: none"> Kantonsschule Kreuzlingen 	<ul style="list-style-type: none"> Pädagogische Hochschule Thurgau

Abb. 11: Schulen in der Gemeinde Kreuzlingen (eigene Darstellung)



Internationale
Bodensee
Hochschule



Pädagogische
Hochschule Weingarten



Volksschule

Die Primarschulgemeinde und die Sekundarschulgemeinde Kreuzlingen werden von je einer vom Volk gewählten Schulbehörde geführt. Der Präsident der beiden Schulbehörden ist derselbe.

Die Angebote der Primarschule werden in vier Primarschulzentren erbracht. Jedes Zentrum wird durch eine Schulleitung geführt und umfasst zwei bis drei Schulhäuser und drei bis vier Kindergärten.

Die Oberstufe wird in drei Sekundarschulzentren geführt, die durch jeweils eine Schulleitung geführt werden und jeweils sechs Klassen umfassen. Die Sekundarschule gliedert sich in zwei Typen, einen mit grundlegenden (Sek G) und einen mit erweiterten Anforderungen U (Sek E).

Gemeinde Arbon

Arbon liegt im mittleren Teil des Bodensees und hat eine Bevölkerung von knapp 14.000 EinwohnerInnen. Das Gemeindegebiet umfasst eine Fläche von 5.9 km².

Die Volksschule Arbon setzt sich zusammen aus der Primarschul- und der Sekundarschulgemeinde. Die SchülerInnen werden vom Kindergarten bis zur dritten Sekundarstufe unterrichtet

Die Primarschulgemeinde Arbon ist in die zwei Schuleinheiten Bergli und Stacherholz mit gleichwertigem Angebot gegliedert. Diesen angeschlossen sind 11 Kindergärten. Insgesamt besuchen rund 200 Kinder den Kindergarten und 680 SchülerInnen die Schule.

Die Oberstufengemeinde Arbon umfasst das Gebiet der Primarschulgemeinden Arbon, Frasnacht, Freidorf-Watt, Roggwil und Stachen. Sie erbringt ihre Leistungen auch für das Gebiet der Primarschulgemeinde Steinach gemäss Staatsvertrag zwischen den Kantonen Thurgau und St. Gallen. Der Unterricht erfolgt in drei Schulzentren mit je 10 bis 12 Klassen. Die Oberstufe gliedert sich in zwei Typen, einen mit grundlegenden (Sek G) und einen mit erweiterten Anforderungen U (Sek E).

Volksschule	Berufsfachschule	Mittelschule	Hochschule
Primarschulgemeinde: Schuleinheit Bergli (inkl. 4 Kindergärten) Schuleinheit Stacherholz (inkl. 5 Kindergärten)	Berufsfachschule Arbon: Detailhandel und Technik		
Sekundarschulgemeinde: Schulzentrum Reben 4 Schulzentrum Reben 25 Schulzentrum Stacherholz			

Abb. 12: Schulen in der Gemeinde Arbon (eigene Darstellung)



5.3 Methodisches Vorgehen

Ausgehend von den Forschungsfragen und dem Vergleich bestehender Bildungsberichte wurde eine Liste mit den steuerungsrelevanten Indikatoren erstellt (Kapitel 5.4). Auf Grundlage dieser Liste wurden die Daten in den Kommunen mit Hilfe einer „Checkliste“ abgefragt. Diese „Checkliste“ enthielt Beschreibungen aller notwendigen Daten, und sollte die Kommunen dabei unterstützen, die eigenen vorhandenen Daten systematisch zusammenzustellen.

Nach einer ersten Sichtung der Daten und anschließender qualitativer Auswertung erfolgten Rückmeldegespräche mit den Einzelkommunen. In den Interviews konnten Rückmeldungen zum Instrument und zur Datensituation der Kommunen erfasst werden. Die Ergebnisse der teilstandardisierten Interviews flossen in eine erneute qualitative Bewertung der Daten ein. Die Kombination der beiden Erhebungsschritte ließ eine genaue Darstellung der Ist-Situation und der kommunenspezifischen Unterschiede zu.²⁶ Die sequentiell vertiefende Vorgehensweise ermöglicht es, die erhobenen Daten zu präzisieren und die Datenlage genauer zu eruieren. Etwaige Lücken in der Datenlage konnten so angesprochen und geklärt werden. Zusätzlich konnten offene Fragen geklärt und erweiterndes Datenmaterial besprochen werden.

Die Erhebungen mit anschließender Sichtung und Auswertung erfolgten von Juli bis Dezember 2012, nach der Kontaktaufnahme mit den AnsprechpartnerInnen in den Kommunen (März 2012) erstand die Erarbeitung der Instrumente (Mai und Juni 2012). Im Januar und Februar 2013 wurden die Rückmeldegespräche mit den Kommunen und deren Auswertung von März bis Mai 2013 durchgeführt. Abschließende Workshops mit spezifischen Rückmeldungen für die kommunalen AnsprechpartnerInnen fanden im September 2013 statt.

Vorgang	2012									2013						
	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	
Kontakt mit Kommunen																
Erarbeitung der Instrumente																
Datenerhebung																
Auswertung der eingegangenen Daten																
Rückmeldegespräche																
Auswertung der Rückmeldegespräche																
Abschlussbericht																
Workshops																

Abb. 13: Forschungsdesign (eigene Darstellung)

5.4 Indikatorenraster

Das im Rahmen des Projekts entwickelte Indikatorenraster basiert auf dem *Anwendungsleitfaden zum Aufbau eines kommunalen Bildungsmonitorings* des Bildungsministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) (2011), auf dem *Bildungsmosaik Schweiz* vom Bundesamt für Statistik Schweiz (BFS) (2007) und dem österreichischen Bericht *Bildung in Zahlen*, herausgegeben von Statistik Austria (2012).

Es orientiert sich am gängigen Systemansatz des Kontext-Input-Prozess-Output-Modells. Dieses Modell basiert auf der Überlegung, dass verschiedene Ebenen innerhalb von Systemprozessen ineinandergreifen und aufeinander aufbauen und Steuerung entscheidend vom Zusammenspiel dieser Ebenen abhängt. Für das Bildungsgeschehen bedeutet dies, dass es insgesamt und auch in den einzelnen Bildungsbereichen (vorobligatorisch, obligatorisch, außerschulisch) viele beeinflussende Faktoren

²⁶ Siehe ausführlich zu Mehrmethodendesigns Loosen und Scholl (2012, S. 9ff.).



gibt, die zum Erfolg von Bildungsprozessen und -entscheidungen beitragen: Die Kontextdaten liefern Informationen über Rahmenbedingungen, in die in diesem Fall in das Bildungsgeschehen eingebunden sind. Unter Input-Faktoren werden die eingesetzten Ressourcen verstanden. Prozess-Faktoren fokussieren auf die in den Bildungseinrichtungen ablaufenden Prozesse. Als Output-Faktoren werden die Ergebnisse und Produkte des Bildungsprozesses verstanden.

Für jeden Systemabschnitt werden mehrere Indikatoren (Daten) herangezogen, um die Qualität und auch Zusammenhänge ersichtlich zu machen. Indikatoren sind Anzeiger für einen bestimmten Zustand (siehe Kapitel 2.1). Für den Bildungsbereich bedeutet das, dass die Indikatoren „jeweils für ein zentrales Merkmal von Bildungsprozessen bzw. einen zentralen Aspekt von Bildungsqualität stehen“ (Klieme et al. 2006, S. 130).

Die folgende Tabelle zeigt zusammenfassend, welche Daten den einzelnen Faktoren im Bildungswesen zugeordnet werden können:

Kontext	Daten zu sozialen, demographischen und ökonomischen Rahmenbedingungen, mit näheren Angaben zu Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit und Berufstätigkeit und Daten zur Finanzsituation der öffentlichen Haushalte
Input	Daten zu Bildungsausgaben, Einrichtungen, Bildungsbeteiligung, Bildungsstand und Informationen zum Bildungspersonal
Prozess	Daten zur Bildungszeit, zum Unterricht, Einschulungen, Übergänge, Klassenwiederholungen und zur Bildungsqualität
Output	Daten zu Abschlüssen und Kompetenzen der SchülerInnen

Abb. 14: Kontext-Input-Prozess-Output im Bildungsbereich (eigene Darstellung)

Ein kommunaler Bildungsbericht „sollte im Grundsatz einen Überblick über die gesamte regionale Bildungslandschaft geben“ (Statistisches Bundesamt et al. 2013, S.17). Innerhalb des Projekts wurden die Schwerpunkte der abzufragenden Indikatoren auf die Rahmenbedingungen des Bildungswesens, den vorobligatorischen und den obligatorischen Schulbereich und den außerschulischen Bereich gelegt (siehe Kapitel 2.3). Innerhalb dieses Rahmens wurden jeweils die Kontext-, Input, Prozess- und Output-Daten eingeordnet (siehe Abb. 15).

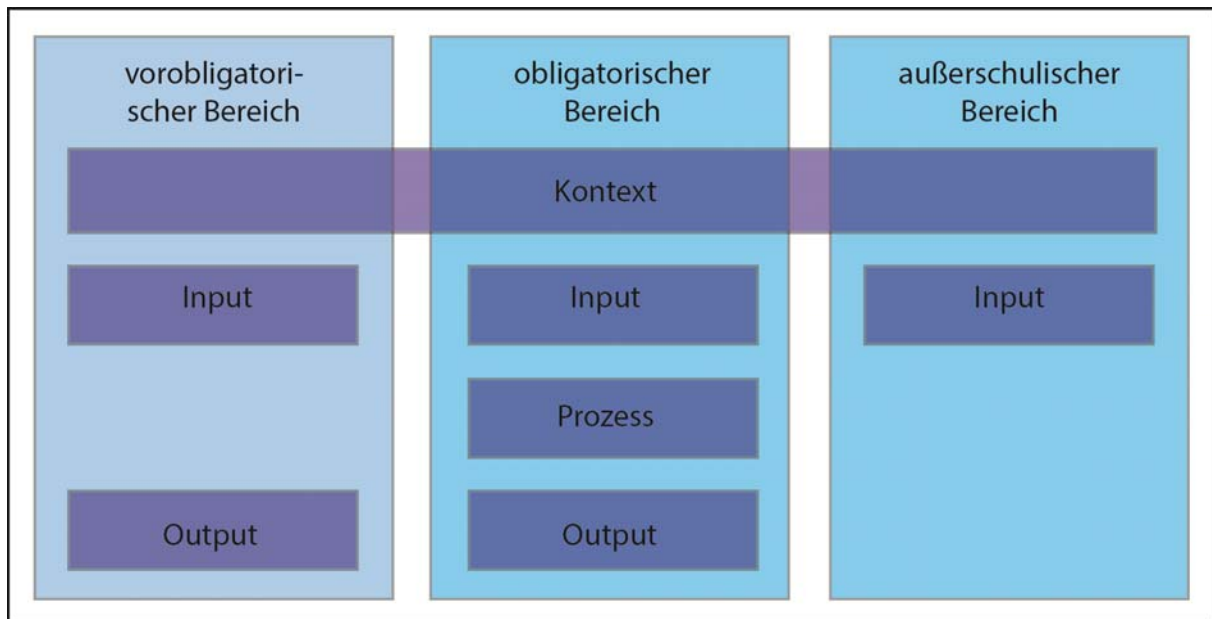


Abb. 15: Bildungsbereiche und Datenebenen innerhalb der Erhebung (eigene Darstellung)

Im Folgenden wird das Indikatorenraster (siehe Anhang) mit den jeweiligen Aspekten und den erhobenen Daten anhand von Beispielen genauer erläutert.

Die Kontext-Indikatoren beschreiben die gesamten Rahmenbedingungen der Bildungslandschaft. Diese werden für alle Bildungsbereiche zusammen erhoben, denn sie haben Einfluss auf das Bildungswesen insgesamt auf gesellschaftlicher und individueller Ebene.

Indikatoren zum Kontext: Rahmenbedingungen der Bildungslandschaft

Daten aus folgenden Bereichen	Beispiele Indikator
demographische Rahmenbedingungen	Bevölkerungszahl, Geschlecht, Nationalität Altersstruktur
ökonomische Rahmenbedingungen	Erwerbstätigenquote Arbeitslosigkeitsquote
soziale Rahmenbedingungen	Anteil Personen, die Sozialleistungen zur Mindestsicherung beziehen (Sozialhilfe) verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je EinwohnerIn

Abb. 16: Indikatoren zum Kontext (eigene Darstellung)

Das Bildungsgeschehen einer Region ist eingebunden in die regionalen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. „*Bildung kann nicht ohne das Umfeld beschrieben werden, in dem die Bildungsprozesse stattfinden*“ (Statistisches Bundesamt et al. 2013, S.20). Die demographischen Daten erlauben beispielsweise über den Indikator zum Geburtenniveau Vorausrechnungen zum Bedarf an Kindergartenplätzen oder die voraussichtlichen Zahlen der Einschulungen. Dies führt zu ver-



änderten Bedarfsentwicklungen der einzelnen Schultypen und wirkt sich dadurch steuerungsrelevant auf schulpolitischer und kommunaler Ebene aus.

Der Bildungssektor und die ökonomische Situation einer Region stehen in einem Wechselverhältnis: Einerseits lassen Daten wie die Erwerbszahlen oder die Arbeitslosenquote Rückschlüsse auf die gesamtwirtschaftliche Lage zu. Eine wirtschaftlich starke Region bietet bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt und „andererseits kommt dem Bildungswesen selbst eine Schlüsselposition als „Wachstumstreiber“ zu“ (Konsortium Bildungsberichterstattung 2006, S.8).

Eng damit verknüpft sind die sozialen Rahmenbedingungen. „Der sozioökonomische Status, der Migrationshintergrund, die Integration der Eltern in den Arbeitsmarkt und die Einkommenssituation der Familien haben daher einen großen Einfluss auf Bildungsbeteiligung und Bildungserfolg“ (Statistisches Bundesamt et al. 2013, S.21).

Im Folgenden werden die Indikatoren zum Input, Prozess und Output am Beispiel der obligatorischen Schule genauer erläutert. Der Bereich der obligatorischen Schule eignet sich besonders für eine erklärende Darstellung, da in diesem Bereich je Faktor (Input, Prozess, Output) die meisten Abfragen erfolgten.

Indikatoren zum Input: obligatorische Schule

Daten zu folgenden Bereichen	Beispiele Indikator
Bildungseinrichtung	Anzahl, Typ und Trägerschaft der obligatorischen Schulen
Bildungsteilnahme	SchülerInnenzahl je Schultyp nach Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Umgangssprache, Konfession
	SchülerInnenzahlen, auch Entwicklungen und Prognosen (nach Stufen und Schultypen)
	Anteil der TeilnehmerInnen an Ganztageschulen/Gemeinschaftsschulen
Bildungspersonal	Anzahl der Lehrkräfte
Bildungsausgaben	Anteil der kommunalen Bildungsausgaben im Bereich der obligatorischen Schulen (laufende Ausgaben und Investitionsausgaben) an den kommunalen Gesamtausgaben
Betreuungsverhältnis	Anzahl SchülerInnen je Klasse
	durchschnittliche Unterrichtsstunden je Klasse in der Woche

Abb. 17: Indikatoren zum Input (eigene Darstellung)

Der Input der obligatorischen Schule beschreibt alle zur Verfügung stehenden Ressourcen, auf sachlicher, personeller wie finanzieller Ebene. Das Verhältnis von LehrerInnen je SchülerIn und die Anzahl von Schulen sind wesentliche Faktoren für die Beschreibung eines Bildungssystems.

Gerade auch die Ausgaben für Bildungseinrichtungen sind ein wichtiger Input-Faktor in einer Region: Die **unterschiedlichen Finanzlagen** der Länder, die für die Bildungseinrichtungen in Deutschland und zum Teil in Österreich zuständig sind, stellen einen wichtigen bildungspolitischen Faktor dar (vgl. Konsortium Bildungsberichterstattung 2006, S.10f.). Dabei wurde konstatiert, dass „**Bildungsausgaben** [gehören] zu den grundlegenden Parametern der Entwicklung des Bildungswesens“ gehören. „Ein zentrales Augenmerk in der bildungspolitischen Diskussion gilt daher der **Mittelausstattung des Bildungswesens und der Finanzierungsstruktur**“ (Konsortium Bildungsberichterstattung 2006, S.21).



Festzustellen sind hierbei signifikante *schulartspezifische Unterschiede in den „Pro-Kopf-Ausgaben“* (Konsortium Bildungsberichterstattung 2006, S. 23).

In der Schweiz werden die Bildungskosten der Volksschule bis einschließlich Sekundarstufe I weitgehend durch die Kommunen getragen. Je nach Finanzlage der Gemeinde zeigen sich deutliche Unterschiede in Bezug auf die für Bildung zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen.

Dabei haben Bildungsausgaben, Bildungsbeteiligung und der Bildungsstand der Bevölkerung eine besondere Bedeutung (vgl. Konsortium Bildungsberichterstattung 2006, S.19). Sie spiegeln die Bildungsbereitschaft der Gesellschaft wider. Charakteristika der Bildungssysteme wie *„die ressortspezifische Trennung von Elementarbereich und Schulwesen, die strukturelle Vielgliedrigkeit des Sekundarbereichs I, die duale Berufsausbildung und das expandierende, vielschichtige Übergangssystem, einen an Berufen orientierten Arbeitsmarkt oder die geringe Durchlässigkeit zwischen beruflicher Bildung und Hochschule“* (Konsortium Bildungsberichterstattung 2006, S. 19) wirken sich *„in spezifischer Weise auf Bildungsausgaben, Bildungsbeteiligung und Bildungsstand aus“* (Konsortium Bildungsberichterstattung 2006, S.19)

Indikatoren zum Prozess: obligatorische Schule

Daten zu folgenden Bereichen	Beispiele Indikator
Übergangsquoten	Übergangsquote von der Primarstufe auf Sek I nach Schultyp, Geschlecht der Schüler, Staatsangehörigkeit, Umgangssprache
	Übergangsquote von Sek I auf Sek II nach Schultyp und Geschlecht der Schüler, Staatsangehörigkeit, Umgangssprache (Berufsausbildung, Allgemeinbildung und Übergangsausbildung)
	Quote der Schulartwechsel bis Klasse 9 (Zeichen für Mobilität zwischen Schularten („Auf- oder Abwärtsmobilität“) nach Schultypen, Geschlecht und Staatsangehörigkeit der ÜbergängerInnen
	Quote der Übergänge von und an Förderschulen
Bildungszeit	Gesamte Verweildauer eines Schülers in der obligatorischen Schule
	Anzahl der Klassenwiederholungen nach Schulart, Geschlecht, Klassenstufe, Staatsangehörigkeit
	Anteil der Klassenwiederholungen je Klassenstufe und Schultyp nach Geschlecht, Staatsangehörigkeit
	Anteil der "Klassenüberspringer", Akzeleration
	Anzahl unbegründete Absenzen
ICT Nutzung	Anzahl der funktionierenden PC

Abb. 18: Indikatoren zum Prozess (eigene Darstellung)

Prozessindikatoren liefern Hinweise zum Betrieb der Bildungseinrichtungen und zu den Übergängen von einer zur nächsten Institution.

Kommunen können als Schulträger Konsequenzen für einen gezielten Förderbedarf aus den Informationen zu gelingenden oder nicht gelingenden Übergängen ableiten. Übergänge stellen immer eine besondere Herausforderung dar. Für SchülerInnen sind die Übergänge vom Kindergarten in die



Grundschule, von der Grundschule in die weiterführende Schule und daran anschließend der Übergang Schule zur beruflichen Ausbildung eine entscheidende Phase (vgl. Kucharz et al. 2011, S.11ff).

Gerade das Gelingen des Übergangs von der Schule in eine berufliche Ausbildung ist ein politisches Anliegen, da dies eine wichtige Standortqualität darstellt und sich auch positiv auf die Jugendarbeitslosigkeit auswirkt.

Auf regionaler Ebene können aus den Übergangsquoten von der Grundschule auf weiterführende Schulen beispielsweise auch Konsequenzen für einen gezielten Förderbedarf für SchülerInnen in der Region abgeleitet werden.

Indikatoren zum Output: obligatorische Schule

Daten zu folgenden Bereichen	Beispiele Indikator
Bildungsqualität/Evaluation	Fremdevaluation (weniger Indikator aber wichtig)
	Anteil der Schulen, die eine Selbstevaluation durchgeführt haben
	Anteil Selbstevaluationen im sonstigen schulischen Bereich
Abschlüsse	Schulabgangsquote nach Abschlussart, Schultyp, Geschlecht, Staatsangehörigkeit
	Anteil Personen mit höchstens Abschluss obligatorische Schule nach Schultyp, Alter, Staatsangehörigkeit, Geschlecht
	Anteil SchulabbrecherInnen (ohne Abschluss) nach Schultyp, Alter SchülerInnen, Staatsangehörigkeit, Geschlecht
Kompetenzen	Einzelschulen, die Lernstandserhebungen durchführen nach Klassenstufen
	Ergebnisse der Lernstandserhebungen

Abb. 19: Indikatoren zum Output (eigene Darstellung)

Output-Faktoren ermitteln die Wirkung oder die Erträge von Prozessen. Für die obligatorischen Schulen können Output-Faktoren beispielsweise Ergebnisse von Evaluationen oder Vergleichsarbeiten sein. Auch die erzielten Abschlüsse geben Auskunft über die Qualität von Schulen und Unterricht, besser noch, der Anteil derjenigen, die die Schule ohne Abschluss verlassen.

Die Ergebnisse von Schulevaluationen oder die vereinheitlichten Lernziele in Bildungsstandards haben in erster Linie Einfluss auf den Unterricht. Es wurden Kriterien festgelegt, die eine „gute Schule“ kennzeichnen, was damit in weiterer Instanz auch Auswirkungen auf die Schulträger haben kann (ganztägige Betreuungsangebote, Förderangebote für Kinder aus benachteiligten Familien) (vgl. Konsortium Bildungsberichterstattung 2006, S.77).

Mit der Entwicklung hin zu eher Output-orientierter Steuerung, weg von der Input-Orientierung, wird dieser Teil der Bildungslandschaft zunehmend wichtiger.



5.5 Datenerhebung in den Kommunen

Das erstellte Indikatorenraster diente als Grundlage für die Erstellung des im Kontakt mit den Kommunen verwendeten Fragebogens (Checkliste), der den Ist-Zustand der kommunalen Datenverwendung erfassen sollte.

Alle Daten, die für die Berechnung der Indikatoren notwendig waren, wurden in eine Checkliste aufgenommen. Die AnsprechpartnerInnen konnten anhand der Checkliste prüfen, ob die Daten in der jeweiligen Kommune vorhanden sind. Zusätzlich konnten sie angeben, in welcher Form (verarbeitet oder in Rohformat) die Daten vorliegen und ob diese vertraulich behandelt werden sollten. Im Falle nicht vorhandener Daten sollte nach Möglichkeit angegeben werden, ob weitere AnsprechpartnerInnen für die Datenbeschaffung bekannt waren. Die Kommunen sollten die bereitgestellte Checkliste erweitern, falls zusätzliche Daten zu einem der Unterpunkte vorlagen.

Der vorangegangene Vergleich der Bildungssysteme und die Einbeziehung der Bildungsberichte aus allen teilnehmenden Ländern ermöglichte es, die landesspezifischen Differenzen zu berücksichtigen, ohne die Vergleichbarkeit zu gefährden. Es sollten Gestaltungsfreiräume offengelassen werden, damit Kommunen besondere Beispiele beschreiben und relevante örtliche Problemstellungen analysieren können.

5.6 Teilstrukturierte Interviews

Das Interview stellt innerhalb der qualitativen Sozialforschung eine explorierende Vorgehensweise dar. Mittels Leitfragen kann das Forschungsprojekt vertiefende Kenntnisse generieren (vgl. Hopf 2012, S. 349f). Durchgeführt wurden die Gespräche mit den jeweiligen AnsprechpartnerInnen in den Kommunen von den jeweiligen ForschungsmitarbeiterInnen. Für die nötige systematische Vorgehensweise sorgten die teilstrukturierten Fragen, die ausgehend von den bereits eingegangenen Daten und dem Indikatorenraster entwickelt wurden.

Folgende Kategorien lagen den teilstrukturierten Interviews zugrunde:

1. Eindruck, Rückmeldungen
2. Fragen nach Lücken
3. Erfahrungen mit dem Instrument
4. Heutige Datennutzung intern und extern, Datenquellen
5. Übergreifende Statistiken
6. Weitere Projektschritte

5.7 Bewertungskriterien

Eine erste Sichtung der Daten zeigte große Unterschiede zwischen den Kommunen bezüglich Datenmenge und -form. Größtenteils lagen Daten nur in bereits verarbeiteter Form vor (PowerPoint-Folien, Tabellen auf Homepages, pdf-Dokumente etc.) und waren so für eine quantitative Auswertung und die Berechnung von Indikatoren nicht geeignet. Die von den Kommunen gelieferten Daten wurden nach qualitativen Kriterien bewertet, um einschätzen zu können, ob und wie sie für die Steuerung in der Bildungsplanung eingesetzt werden können und wo Handlungsbedarf bezüglich Datenerhebung und -auswertung besteht. Ziel der qualitativen Bewertung der Daten war die Beschreibung des Ist-Zustandes, die Einschätzung der möglichen Weiterverarbeitung und der Abgleich mit dem Soll-



Internationale
Bodensee
Hochschule



Pädagogische
Hochschule Weingarten



Zustand. Grundlage dieser Einschätzung und der Kriterien, nach denen bewertet wurde, waren die ursprünglich gewünschten und für die Indikatorenberechnung geforderten Qualitätskriterien.

Die Kriterien der Bewertung sind: Aktualität, Vollständigkeit, Darstellung der Daten hinsichtlich einer möglichen Weiterverarbeitung, Relevanz, Herkunft und heutige Nutzung. Anhand dieser Kriterien kann der Ist-Zustand der Bildungsdaten mit dem Soll-Zustand verglichen werden.

Aktualität: Diese ist wichtig bei der Berechnung von Indikatoren. Aktuelle Daten stellen die Grundlage jeder Bildungsplanung dar. Entscheidend ist dabei vor allem, der Vergleich aktueller Daten in Zeitreihen oder mit Vorausschätzungen.

Vollständigkeit: Nur aus einer umfassenden, vollständigen Datenlage können Annahmen abgeleitet werden. Das kommunale Bildungsmonitoring zielt darauf ab, „über Entwicklungen im Bildungswesen informieren zu können, um Handlungsbedarfe zu erkennen, die kommunale Bildungsinfrastruktur zu optimieren, Bildungsprozesse zu steuern und getroffene Maßnahmen zu evaluieren“ (Statistisches Bundesamt et al. 2013, S. 10). Dies ist nur möglich, wenn alle Daten vorliegen, die dann in Zusammenhänge eingeordnet werden können.

Weiterverarbeitung/Darstellung: Für das Projekt wurde eigens ein Indikatorenraster erstellt, dessen Grundlage die Bildungsberichte der drei untersuchten Länder waren. Auf die Besonderheiten der Bildungssysteme jeden Landes konnte so eingegangen werden. Dafür war es erforderlich, die Daten als Rohmaterial zu bekommen, um die speziell erstellten Indikatoren berechnen zu können.

Relevanz: Die im Projekt erstellte und verwendete Checkliste bei der Datenabfrage war zwar umfangreich, bot aber auch die Möglichkeit der Ergänzung an. Gerade die länderspezifischen und kommunalen Besonderheiten können am besten von den Kommunen selbst erkannt werden: Daher konnten neben den spezifisch abgefragten Daten auch weitere übermittelt werden. Diese Daten wurden auf ihre Relevanz hin überprüft.

Heutige Nutzung: Hinweise über die Nutzung der abgefragten Daten in den Kommunen lassen Rückschlüsse darauf zu, ob diese die Steuerung der Bildungssysteme bereits auf systematisch erhobene Daten stützen.

Herkunft: Die Qualität der Daten ist maßgeblich von ihrer Herkunft bestimmt, vor allem auch von der Nachvollziehbarkeit. Wenn beispielsweise nicht ersichtlich ist, woher Daten stammen, müssen sie mit Vorsicht behandelt werden. Zudem lassen sich von der Herkunft der Daten wichtige Schlüsse in Bezug auf die Datenbeschaffung und mögliche weitere Ansprechpartner ziehen.



Internationale
Bodensee
Hochschule



Pädagogische
Hochschule Weingarten



6. Ergebnisse

6.1 Gesamtübersicht der Ergebnisse

Die Ergebnisse zu den von den sechs Kommunen eingereichten Bildungsdaten werden entlang der Rahmenbedingungen, der obligatorischen Schulen und der beiden Bereiche vor und außerhalb der obligatorischen Schule dargestellt. Zellen mit einem Kreuzchen bedeuten, dass zu diesem Aspekt Daten eingereicht wurden, die Qualität der eingereichten Daten wird nicht berücksichtigt, das heißt, nicht aus allen eingereichten Daten ließen sich Indikatoren berechnen.

6.1.1 Rahmenbedingungen

Aspekt	Arbon PS	Arbon OS	Kreuzlingen	Dornbirn	Bregenz	Weingarten	Tettng
Rahmenbedingungen							
Demografie							
Bevölkerung			X	X	X	X	X
Geburten			X	X	X	X	X
Zu- und Abwanderung				X	X	X	X
Weitere Daten zu Rahmenbedingungen				X	X		
Ökonomie							
Erwerbstätige				X	X		X
Arbeitslose					X		X
Steuerkraft			X	X		X	X
Beschäftigte in Bildungseinrichtungen			X			X	
kommunale Gesamtausgaben			X	X		X	X
kommunale Ausgaben im Bildungsbereich			X	X		X	X
Weitere Daten im Bereich Ökonomie			X	X	X		X
Soziales							
Personen, die Sozialleistungen zur Mindestsicherung beziehen (Sozialhilfe)							
verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je EinwohnerIn							
Bildungsstand (nach höchstem Bildungsabschluss)							
Allgemein							
Fläche der Gemeinde / Kommune						X	X
Kennwerte im Vergleich mit anderen Kommunen, Kanton / Bundesland, Bund							X

Abb. 20: Dateneingang zu den Rahmenbedingungen (eigene Darstellung)



Internationale
Bodensee
Hochschule



Pädagogische
Hochschule Weingarten



Zu demographischen, ökonomischen, sozialen und allgemeinen Aspekten der Rahmenbedingungen sind bei den Gemeinden zu den in Abb. 20 gekennzeichneten Indikatoren Daten eingereicht worden. Mit Ausnahme der beiden Schulgemeinden der Schweizer Kommune Arbon haben die Gemeinden vielfältige Daten zu Aspekten der Rahmenbedingungen des Bildungswesens eingereicht. Die Daten umfassen insbesondere Kennzahlen zum Ist-Zustand, zur Entwicklung und zur Prognose bezüglich der Demographie und der Ökonomie. Zu Aspekten der sozialen Rahmenbedingungen liegen von keiner Gemeinde Daten vor.

6.1.2 Obligatorische Schule

Die eingereichten Daten im Bereich der obligatorischen Schule sind nach Input-, Prozess- und Output-Daten dargestellt. Die erste Tabelle zeigt die Ergebnisse zu den eingegangenen Input-Daten.

Input

Aspekt	Arbon PS	Arbon OS	Kreuzlingen	Dornbirn	Bregenz	Weingarten	Tettngang
Einzel­schulen / Schuleinheiten							
Einzel­schulen (D) ²⁷ / Schuleinheiten (CH)	X	X		x	X	X	X
Einzel­schulen / Schuleinheiten nach Trägerschaft (organisatorische und finanzielle Verantwortung)						X	
SchülerInnen							
SchülerInnen je Schultyp	X	X	X	X	X	X	X
SchülerInnen je Klassenstufe	X	X	X		X	X	X
SchülerInnen je Klasse und Schultyp	X	X	X		X	X	
SchülerInnen an Ganztages­schulen					X		
Weitere Daten zu Schüler/-innen	X		X	X	X		
Lehrpersonen							
Lehrpersonen je Schultyp	X	X	X			X	
Einzel­schulen/ Schuleinheiten mit Arbeitszeiterfassung							
Weitere Daten zu den Lehrpersonen				X			X
Betreuungsverhältnis							
SchülerInnen je Lehrperson	X	X	X				
Anteil der ausgefallenen Unterrichtsstunden je Klasse		X					
Weitere Daten zum Betreuungsverhältnis							
Finanzen							
Herkunft der Finanzmittel						X	X
kommunale Bildungsausgaben im Bereich der	X	X	X	X		X	X

²⁷ In der Tabelle werden zum Teil landesspezifische Begriffe verwendet, die durch das entsprechende Länderkürzel hinter dem Begriff gekennzeichnet sind.



Internationale
Bodensee
Hochschule



Pädagogische
Hochschule Weingarten



Aspekt	Arbon PS	Arbon OS	Kreuzlingen	Dornbirn	Bregenz	Weingarten	Tett nang
obligatorischen Schulen							
Anteil der kommunalen Bildungsausgaben im Bereich der obligatorischen Schulen (laufende Ausgaben und Investitionsausgaben) an den kommunalen Gesamtausgaben						X	X

Abb. 21: Dateneingang zum Input im Bereich der obligatorischen Schule (eigene Darstellung)

Alle Kommunen haben Daten zu den SchülerInnen zusammengestellt. Dabei zeigen sich zwischen den Kommunen große Unterschiede bezüglich der Form, der Vollständigkeit und dem Aggregierungsgrad der Daten. Daten zu den Lehrpersonen und somit auch zum Betreuungsverhältnis liegen ausschließlich von den Schweizer Kommunen vor. Zu den Bildungsausgaben im Bereich der obligatorischen Schulen haben fast alle Kommunen Daten eingereicht. Die deutschen Kommunen haben zudem Unterlagen zum Anteil der Bildungsausgaben an den Gesamtausgaben eingereicht.

Prozess

Zu Aspekten im Bereich der obligatorischen Schule sind folgende Prozessdaten eingereicht worden.

Aspekt	Arbon PS	Arbon OS	Kreuzlingen	Dornbirn	Bregenz	Weingarten	Tettngang
Übergänge							
früh bzw. spät eingeschulte Kinder	X		X			X	X
SchülerInnen zu Beginn Sek I je Schultyp		X	X			X	X
SchülerInnen zu Beginn Sek II je Schultyp			X				
Wechsel von SchülerInnen zw. Schultypen, Klassentyp bzw. Anforderungsniveau	X	X	X				
Wechsel von SchülerInnen von und an Förderschulen	X	X	X				X
Unterstützungsangebote für den Übergang in Grundschule (D), Primarschule (CH), Volksschule (A) nach Art			X			X	
Kinder, die Unterstützungsangebote für den Übergang in Grundschule (D), Primarschule (CH), Volksschule (A) nutzen	X						
Unterstützungsangebote in Grundschule (D), Primarschule (CH), Volksschule (A) für den Übergang auf die Sek I			X				
SchülerInnen, die Unterstützungsangebote in Grundschule (D), Primarschule (CH), Volksschule (A) für den Übergang auf die Sek I nutzen							
Unterstützungsangebote auf Sek I für den Übergang auf die Sek II		X	X				
SchülerInnen, die Unterstützungsangebote auf Sek I für den Übergang auf die Sek II nutzen		X					
Unterstützungsangebote auf Sek I für den Übergang in die berufliche Ausbildung		X				X	
SchülerInnen, die Unterstützungsangebote auf Sek I für den Übergang in die berufliche Ausbildung nutzen		X					
Weitere Daten zu den Übergängen		X					
Förderangebote							
Arten von Förderangeboten (z.B. Schulsozialarbeit, Logopädie)	X	X	X			X	X

Aspekt	Arbon PS	Arbon OS	Kreuzlingen	Dornbirn	Bregenz	Weingarten	Tettngang
SchülerInnen, die die jeweiligen Förderangebote nutzen	X	X	X		X	X	X
Herkunft Finanzmittel für Förderangebote			X			X	X
Ausgaben Förderangebote		X	X			X	X
Weitere Daten zu den Förderangeboten	X					X	X
Bildungszeit							
Verweildauer von SchülerInnen in der obligatorischen Schule			X				
Klassenwiederholungen je Klassenstufe und Schultyp	X	X					X
"Klassenüberspringer" (Akzeleration)	X	X					
unbegründete Absenzen (unentschuldigtes Fehlen) je Klassenstufe und Schultyp		X					
ICT							
funktionierende PC mit und ohne Internetanschluss pro Klassenzimmer	X	X				X	
Alter der Geräte		X				X	
Ausgaben für ICT nach Schulen	X	X	X				
Weitere Daten zum Bereich ICT				X			

Abb. 22: Dateneingang zum Prozess im Bereich der obligatorischen Schule (eigene Darstellung)

Die Kommunen aus Deutschland und der Schweiz haben Daten zu den Übergängen vom Kindergarten in die Primar- bzw. Grundschule und von dieser in die Sekundarstufe I eingereicht. Zum Wechsel von SchülerInnen zwischen Schul- bzw. Klassentypen und zu den Unterstützungsangeboten sind insbesondere Daten von den Schweizer Kommunen vorhanden. Vielfältige Daten zu den Förderangeboten sind sowohl von den deutschen als auch von den Schweizer Kommunen eingereicht worden. Lediglich vereinzelte Daten liegen zur Bildungszeit vor. Im ICT-Bereich sind hauptsächlich von einer Schweizer Gemeinde Daten eingegangen.

Zu den Prozessindikatoren liegen aus Österreich kaum Daten vor.

Output

Der Output der obligatorischen Schule umfasst einerseits Daten zu den schulischen Leistungen und zu den Abschlüssen der SchülerInnen und andererseits Daten zur Qualität der Einzelschulen.

Aspekt	Arbon PS	Arbon OS	Kreuzlingen	Dornbirn	Bregenz	Weingarten	Tettngau
Abschlüsse							
SchulabgängerInnen nach Schultyp und Abschlussart (D) bzw., Anforderungsniveau (CH)		X			X	X	X
SchulabgängerInnen ohne Abschluss der Sek I							
Weitere Daten zu den Abschlüssen						X	X
Qualität							
Einzelschulen, die an Fremdevaluation teilgenommen haben	X		X				
Einzelschulen, die Selbstevaluation durchführen	X						
Selbstevaluationen im sonstigen schulischen Bereich	X						
Einzelschulen mit Schulprogramm	X						
Weitere Daten zur Qualität			X				
Kompetenzen							
Einzelschulen, die Lernstandserhebungen durchführen	X						
Ergebnisse der Lernstandserhebungen nach Schultyp und Klassenstufe	X						

Abb. 23: Dateneingang zum Output im Bereich der obligatorischen Schule (eigene Darstellung)

Vor allem in den deutschen Kommunen liegen Daten zu den Abschlüssen der SchülerInnen vor. Unterlagen zum Qualitätsbereich der Einzelschulen wurden ausschließlich von den Schweizer Kommunen eingereicht. Von einer dieser Kommunen sind zudem Daten zu Lernstandserhebungen eingegangen.

6.1.3 Bereich vor der obligatorischen Schule

Input

Insgesamt zeigt sich im Bereich vor der obligatorischen Schule eine schmale Datenlage.

Aspekt	Arbon PS	Arbon OS	Kreuzlingen	Dornbirn	Bregenz	Weingarten	Tettngang
Einrichtungen							
Einrichtungen für Kinder vor der obligatorischen / allgemeinbildenden Schule				X		X	X
Benutzung							
Kinder in den Einrichtungen vor der obligatorischen Schule				X			X
Auslastungsgrad der Plätze je Einrichtung							X
Personal							
Betreuungspersonen in den Einrichtungen							
Betreuungsschlüssel							X
Finanzen							
Herkunft der Finanzmittel						X	X
kommunale Bildungsausgaben im Bereich vor der obligatorischen Schulen				X		X	X
Anteil der kommunalen Bildungsausgaben im Bereich der vorobligatorischen Schulen						X	X

Abb. 24: Dateneingang zum Input im Bereich der vorobligatorischen Schule (eigene Darstellung)

Zum Bereich vor der obligatorischen Schulzeit liegen vor allem verschiedene Input-Daten von der deutschen Kommune Tettngang vor. Einige Daten sind zudem von Dornbirn und Weingarten eingereicht worden.



Output

Aspekt	Arbon PS	Arbon OS	Kreuzlingen	Dornbirn	Bregenz	Weingarten	Tettng
Kompetenzen							
Einrichtungen, die Sprachstandserhebungen durchführen Kinder mit Förderbedarf							
Weitere Daten zum Bereich vor der obligatorischen Schule				X			

Abb. 25: Dateneingang zum Output im Bereich der vorobligatorischen Schule (eigene Darstellung)

Zu Output-Indikatoren sind von keiner Kommune Daten zusammengestellt worden. Von den Schweizer Kommunen sind zum gesamten Bereich vor der obligatorischen Schule keine Daten eingegangen.

6.1.4 Außerschulischer Bereich

Zu den Angeboten im außerschulischen Bereich, deren Nutzung und Finanzierung liegen folgende Daten vor.

Input

Aspekt	Arbon PS	Arbon OS	Kreuzlingen	Dornbirn	Bregenz	Weingarten	Tett nang
Betreuungsangebote							
Angebote in der außerschulischen Betreuung	X					X	
SchülerInnen in der außerschulischen Betreuung				X			
Finanzen Betreuungsangebote							
Herkunft der Finanzmittel für Betreuungsangebote						X	X
kommunale Bildungsausgaben im außerschulischen Betreuungsbereich				X		X	X
Anteil der kommunalen Bildungsausgaben im Betreuungsbereich an den kommunalen Gesamtausgaben						X	X
Weitere Daten zu den Betreuungsangeboten	X			X			
Kinder- und Jugendarbeit							
Angebote in der Kinder- und Jugendarbeit						X	
Kinder und Jugendliche in Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit							
Finanzen Kinder- und Jugendarbeit							
Herkunft der Finanzmittel für Kinder- und Jugendarbeit						X	X
kommunale Bildungsausgaben in der Kinder- und Jugendarbeit						X	X
Anteil der kommunalen Bildungsausgaben in der Kinder- und Jugendarbeit an den kommunalen Gesamtausgaben						X	X

Abb. 26: Dateneingang zum Input im außerschulischen Bereich (eigene Darstellung)

Umfangreiche Daten zum außerschulischen Bereich sind ausschließlich von den deutschen Kommunen eingereicht worden. Einige Unterlagen liegen ferner von Dornbirn vor.



7. Fazit

7.1. Schlussfolgerungen

Das Pilotprojekt Bildungsindikatoren im Bodenseeraum hat zum Ziel, Indikatoren für die kommunale Bildungsberichterstattung und -steuerung zu identifizieren und am Beispiel der sechs beteiligten Kommunen zusammenzustellen. In der Umsetzung zeigte es sich, dass die Datensammlung und -interpretation vor allem von den Unterschieden zwischen den Ländern und den einzelnen Kommunen geprägt werden. Der Fokus des Projekts änderte sich vom „Bodenseeraum“ hin zu den kommunalen und länderspezifischen Besonderheiten. Die Analyse der eingereichten Daten zeigt, dass für jede Kommune und jedes Land spezifische Folgerungen und Rückmeldungen notwendig sind.

a) Das Indikatorenraster zeigt sich als taugliches Instrument.

Das im Rahmen des Projekts erarbeitete Indikatorenraster (siehe Kapitel 5.4) erwies sich als tauglich für eine Beschreibung der Bildungssysteme. Die Checkliste zur Datenerhebung war in allen beteiligten Kommunen ein hilfreiches Instrument, um die erfragten Informationen zu ordnen.

Die länderspezifischen Bildungssysteme und Zuständigkeiten der Kommunen erfordern eine Spezifizierung der Indikatoren.

b) Es gibt große Unterschiede in der kommunalen Steuerung der Bildungssysteme.

Es zeigte sich, dass die unterschiedliche kommunale Verantwortlichkeit im Bildungswesen das prägende Element für die Unterschiede zwischen den untersuchten Kommunen darstellt.

Eine direkte Vergleichbarkeit bildungsrelevanter Kennzahlen zu Kontext, Input, Prozess und Output war nicht ohne Weiteres möglich, da die unterschiedlichen Zuständigkeiten der Kommunen dazu führen, dass die Kommunen nur für sie direkt steuerungsrelevante Daten erfassen. Daten, die in ihrer Kommune keine unmittelbare Steuerungsfunktion besitzen und dadurch zunächst keinen offensichtlichen Mehrwert innerhalb des eigenen Gestaltungsspielraums darstellen, werden nicht erhoben.

c) Es erfolgt wenig systematische Datenerhebung in den Kommunen.

In allen Kommunen liegen zwar Daten zum Bildungssystem vor, in den meisten Fällen scheinen diese eher zufällig erhoben und zusammengestellt. Nur in wenigen Fällen wurden Daten gezielt zur kommunalen Steuerung eingesetzt. Ansonsten dienen Daten bisher vor allem der Rechenschaftslegung (z.B. in Jahresberichten). Daten außerhalb des eigenen Einflussbereichs – aber notwendig für die kommunale Steuerung und Schwerpunktsetzung – sind entweder nicht vorhanden oder werden kaum genutzt. Oft wussten die AnsprechpartnerInnen nicht, wo solche weiteren notwendigen Daten zu beschaffen sind.

d) Daten liegen überwiegend im Bereich der obligatorischen Schule vor.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass in den Kommunen überwiegend im Bereich der obligatorischen Schule Daten gesammelt und genutzt werden. Daten zum außerschulischen Bereich wurden ausschließlich von den deutschen Kommunen eingereicht.



e) Die Qualität der Daten lässt kaum eine Nutzung für Indikatorenbildung zu.

Der Umfang und die Form der von den Kommunen eingereichten Daten sind kaum für eine quantitative Auswertung und die Berechnung von Indikatoren geeignet. Die Bewertungskriterien (siehe Kapitel 5.7) Aktualität, Vollständigkeit, Darstellungsform hinsichtlich einer Weiterverarbeitung und Relevanz wurden zumeist zu wenig berücksichtigt.

f) Die systematische Auseinandersetzung mit Steuerungsdaten fördert das Verständnis für das Bildungsmonitoring.

Der Prozess der Datensammlung weckte bei den Ansprechpersonen in den Kommunen und bei weiteren Akteuren wie beispielsweise Schulleitungen, Interesse für eine datengesteuerte Beobachtung des Bildungswesens. Erste Erkenntnisse bezüglich des Ist-Zustands im Bereich von Datensammlung und -verwertung konnten in den Kommunen generiert werden.

g) Die Kommunen brauchen Unterstützung beim Aufbau eines Bildungsmonitorings.

Durch spezifische Beratungsangebote und ggfs. Erhebungsinstrumente könnten die Kommunen beim Aufbau einer systematischen Datenerfassung im Bildungsbereich unterstützt werden. Dadurch würden Erhebungen im Sinne eines Bildungsmonitorings ermöglicht. Mit Hilfe geeigneter Instrumente, zugeschnitten auf die Anforderungen der jeweiligen Kommune, kann sich der Aufwand ressourcenschonend darstellen.

h) Die Kommunen brauchen Unterstützung bei der datengestützten Steuerung.

Das eingesetzte Indikatorenraster beinhaltet eine äußerst umfassende Sammlung von Indikatoren zu verschiedenen Aspekten in den Bereichen obligatorische Schule, vorobligatorischer und außerschulischer Bereich sowie den Rahmenbedingungen des Bildungswesens. Den Kommunen wird exemplarisch aufgezeigt, wie die Verknüpfung von erhobenen Daten zu verschiedenen Indikatoren als Entscheidungshilfe und zur Steuerung eingesetzt werden kann. So wird beispielsweise hinsichtlich der Steuerung der Schulplanung auf die Bedeutung der Berücksichtigung von Daten der Stadtplanung und der Finanzentwicklung der Kommune für eine voraussichtliche Planung der schulischen Infrastruktur und der personellen Ressourcen hingewiesen.

i) Ein Austausch bewährter Erfahrungen ist erstrebenswert.

Die Vorstellung von bewährten Ansätzen bezüglich der Datenerfassung und der datengestützten Steuerung ebenso wie gute Beispiele der Lösung kommunaler Herausforderungen können zur gegenseitigen Befruchtung beitragen und einen Anreiz schaffen, datengestützte Steuerung in weiteren Kommunen zu etablieren.



7.2. Ausblick

Folgende offene Forschungsfragen ergeben sich im Anschluss an dieses Projekt:

- Welche Unterstützungsangebote benötigen Kommunen für ein zweckmäßiges Bildungsmonitoring?
- Inwieweit können Bildungsberichte Transparenz auf kommunaler Ebene schaffen?
- Kann die Akzeptanz von Bildungseinrichtungen/-angeboten mit Hilfe von Bildungsberichten dargestellt werden? Und wie müssen dabei die quantitativen Bildungsberichte durch qualitative Daten ergänzt werden?
- Wie lässt sich erreichen, dass sich die kommunale Steuerung des Bildungssystems verstärkt auf Daten solcher Bildungsberichte stützen?
- Wie können Bildungsberichte von mehreren Kommunen eine umfassende Sicht auf eine Region werfen und einer höheren Ebene (z.B. Landkreis, Kanton) für Steuerungszwecke dienlich sein?
- Können länderübergreifende Bildungsberichte dem Austausch über die verschiedenen Umsetzungen der Bildungssysteme dienen?
- Können länderübergreifende Bildungsberichte dem Austausch über steuerungsrelevante Daten über die Kreis- bzw. Landesgrenze hinaus dienen?
- Sind kommunale Bildungsberichte ein geeignetes Instrument, um die Attraktivität einer Region darzustellen und zu steigern?



8. Literaturverzeichnis

Altrichter, H./ Maag Merki, K. (Hrsg.) (2010): *Educational governance: Band 7. Handbuch Neue Steuerung im Schulsystem*. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden.

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2010): *Bildung in Deutschland 2010. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Perspektiven des Bildungswesens im demografischen Wandel*. W. Bertelsmann Verlag. Bielefeld.

BFS, Bundesamt für Statistik (Hrsg.) (2007): *Bildungs mosaik Schweiz*. Bildungsindikatoren 2007. Neuchâtel.

BIFIE, Bundesinstitut für Bildungsforschung, Innovation und Entwicklung des österreichischen Schulwesens (2011-2013a) *Kompetenzen und Modelle*. <http://www.bifie.at/node/49>. 09.07.2013.

BIFIE, Bundesinstitut für Bildungsforschung, Innovation und Entwicklung des österreichischen Schulwesens (2011-2013b): *Bildungsstandards*. Online: <https://www.bifie.at/bildungsstandards>. 09.07.2013.

Blömeke, S./ Herzig, B./ Tulodziecki, G. (2007): *Gestaltung von Schule. Eine Einführung in Schultheorie und Schulentwicklung*. Julius Klinkhardt. Bad Heilbrunn.

BMBF, Bundesministerium für Bildung und Forschung, Projektgruppe: Statistisches Bundesamt/ Deutsches Institut für Erwachsenenbildung/ Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2011): *Anwendungsleitfaden zum Aufbau eines kommunalen Bildungsmonitorings*. Online: http://www.statistik-bw.de/BildungKultur/Analysen!Aufsaetze/bildungsmonitoring_2011.pdf. 15.07.2013.

BMBF, Bundesministerium für Bildung und Forschung (2012): *Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern im Bereich Bildung*. Online: http://www.bmbf.de/de/1263.php_08.07.2013.

BSchAufsG, Bundesschulaufsichtsgesetz. Online:
<http://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10009264&ShowPrintPreview=True>. 05.08.2013.

Bundesministerium für Gesundheit, Familie und Jugend (Hrsg.) (2011): *6. Bericht zur Lage der Jugend in Österreich*. Online:
http://www.bmwfj.gv.at/Jugend/Forschung/jugendbericht/Documents/Sechster_Jugendbericht_Teil_A_B.pdf. 10.07.2013.

BV-G, Bundesverfassungsgesetz Österreich. Online: <http://www.verfassungen.de/at/indexheute.htm>. 05.08.2013.

Casale, R./ Horlacher, R. (Hrsg.) (2007): *Bildung und Öffentlichkeit*. Beltz. Weinheim.

Criblez, L. (2007): *Bildungsföderalismus und Schulkoordination: konfligierende Prinzipien der Schulpolitik der Schweiz*. In: Casale, R./ Horlacher, R. (Hrsg.): *Bildung und Öffentlichkeit*. Weinheim. S.262-276.

Criblez, L./ Oelkers, J./ Reusser, K./ Berner, E./ Halbheer, U./ Huber, C. (2009): *Bildungsstandards und ihre Implementierung in Deutschland, Österreich und der Schweiz*. Erhard Friedrich Verlag. Seelze-Velber.

Department für Erziehung und Kultur (Hrsg.) (2008): *Bildungsmöglichkeiten im Kanton Thurgau*. Online: http://www.dek.tg.ch/documents/Bildungsmoeglichkeiten_Thurgau.pdf. 03.04.2013.

Department für Erziehung und Kultur (Hrsg.) (2011): *Bericht zur Entwicklung des Thurgauer Bildungswesens*. Online: <http://www.erziehungundkultur.tg.ch/documents/bildungsbericht11.pdf>. 03.04.2013.



DIPF, Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung (2013): *Bildungsbericht 2012*.
Online: <http://www.bildungsbericht.de/>. 28.05.2013.

Döbert, H. (2010): *Bildungsberichte als Steuerungsinstrument – reichen Daten zur Steuerung aus?* In: Schaal, B./ Huber, F. (Hrsg.): *Qualitätssicherung im Bildungswesen. Auftrag und Anspruch der bayerischen Qualitätsagentur*. Waxmann. Münster. S. 39-54.

EDK, Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (2013): *Überprüfung der Erreichung der Grundkompetenzen; Konzept: Verabschiedung*. Online:
http://www.edudoc.ch/static/web/dokumentation/PB_grundkompetenzen_d.pdf. 02.07.2013.

EDK, Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (o.J.a): *Kurzbeschreibung Bildungssystem Schweiz*. Online: <http://www.edk.ch/dyn/14798.php>. 03.04.2013.

EDK, Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (o.J.b): *Nationale Bildungsziele. Welche Grundkompetenzen sollen unsere Schülerinnen und Schüler erwerben?* Online:
<http://www.edk.ch/dyn/12930.php>. 09.07.2013.

Engemann, C. (2010): *Eckpunkte zur Weiterentwicklung des Konzepts „schulreifes Kind“*. Online:
<http://www.kultusportal-bw.de/site/pbs-bw/get/documents/KULTUS.Dachmandant/KULTUS/Projekte/kindergaerten-bw/pdf/2010-Eckpunktepapier-Srk-Januar.pdf>. 09.07.2013.

European Commission Eurostat (o.J.): *Glossar: Internationale Standardklassifikation für das Bildungswesen (ISCED)*. Online:
[http://epp.eurostat.ec.europa.eu/statistics_explained/index.php/Glossary:International_standard_classification_of_education_\(ISCED\)/de#](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/statistics_explained/index.php/Glossary:International_standard_classification_of_education_(ISCED)/de#). 31.05.2013.

Flick, U/ Kardoff, E./ Steinke, I. (Hrsg.) (2012): *Qualitative Forschung*. Ein Handbuch. Rowohlt. Reinbek.

GG, Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland: Online: <http://www.gesetze-im-internet.de/gg/>. 08.07.2013.

Häfele, E. (2011): *Die außerschulische Jugendarbeit*. S. 379-408. In: Bundesministerium für Gesundheit, Familie und Jugend (Hrsg.): *6. Bericht zur Lage der Jugend in Österreich*. Online:
http://www.bmwfj.gv.at/Jugend/Forschung/jugendbericht/Documents/Sechster_Jugendbericht_Teil_A_B.pdf. 10.07.2013.

Hopf, C. (2012): *Qualitative Interviews. Ein Überblick*. In: Flick, U; Kardoff, E.; Steinke, I. (Hrsg.): *Qualitative Forschung. Ein Handbuch*. Rowohlt. Reinbek, S. 349-359.

Internationaler Städtebund (2009): Online: <http://www.staedtebundbodensee.org/aktuelle%20Charta%20der%20Zusammenarbeit.html>. 22.07.2013.

JBiG, Jugendbildungsgesetz Baden-Württemberg, Gesetz zur Förderung der außerschulischen Jugendbildung. Online: <http://www.landesrecht-bw.de/jportal/?quelle=jlink&query=JBiG+BW&psml=bsbawueprod.psml&max=true&aiz=true>. 09.07.2013.

KGG, Gesetz über das Kindergartenwesen. Online:
<http://voris.vorarlberg.at/VorisDownload/3/3100.pdf>. 28.05.2013.

KiTaG, Gesetz über die Betreuung und Förderung von Kindern in Kindergärten, anderen Tageseinrichtungen und der Kindertagespflege Baden-Württemberg. Online: <http://www.landesrecht-bw.de/jportal/?quelle=jlink&query=KiTaG+BW+%C2%A7+1&max=true>. 09.07.2013.



Kinderbetreuung Schweiz (2001-2011): *Kinderbetreuung Kanton Thurgau*. Online: <http://www.kinderkrippen-online.ch/Kinderbetreuung/Thurgau.aspx>. 09.07.2013.

Klieme, E./ Avenarius, H./ Baethge, M./ Döbert, H./ Hetmeier, H.-W./ Meister-Scheufelen, G./ Rauschenbach, T./ Wolter, A. (2006): *Grundkonzeption der Bildungsberichterstattung für Deutschland*. In: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft. Verlag für Sozialwissenschaften Wiesbaden. 9. Jahrgang. Beiheft 6/2006 Bildungs- und Sozialberichterstattung. S. 129-145.

KMK Sekretariat der ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (2006): *Überblick: Gesamtstrategie zum Bildungsmonitoring*. Online: <http://www.kmk.org/index.php?id=162>. 09.07.2013.

KMK Sekretariat der ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.) (2013): *Das Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland 2010/2011. Darstellungen der Kompetenzen, Strukturen und bildungspolitischen Entwicklungen für den Informationsaustausch in Europa. Bonn*. Online: http://www.kmk.org/fileadmin/doc/Dokumentation/Bildungswesen_pdfs/dossier_de_ebook.pdf. 04.04.2013.

Konsortium Bildungsberichterstattung (2006): *Bildung in Deutschland. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration*. W. Bertelsmann Verlag. Bielefeld.

Kucharz, D. (2009): *Evaluation einer Bildungslandschaft: Eine Studie zur Entwicklung und Akzeptanz der Bildungsoffensive Ulm*. Schneider-Verlag. Hohengehren.

Kucharz, D. (Hrsg.) (2011): Jahrbuch Grundschulforschung: Band 15. *Grundlegende Bildung ohne Brüche*. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden.

Kucharz, D./ Irion, T./ Reinhoffer, B. (2011): *Übergänge - Bildung ohne Brüche*. In: Kucharz, D. (Hrsg.): Jahrbuch Grundschulforschung: Band. 15. *Grundlegende Bildung ohne Brüche*. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden. S.11-19.

Landesinstitut für Schulentwicklung (Hrsg.) (2011): *Datenbasierte Planung in Bildungsregionen*. Online: <http://www.schule-bw.de/entwicklung/bildungsregionen/handlungsfelder/datenbasierte%20planung.pdf>. 10.07.2013.

Lasnigg, L. (2003): *Entwicklung von Daten und Indikatoren für das System Monitoring im österreichischen Schulwesen. Expertise für das BMBWK*. Online: <http://www.equi.at/dateien/ndikatoren-expertise.pdf>. 05.04.2013.

Loosen, W./ Scholl, A. (Hrsg.) (2012): *Methodenkombinationen in der Kommunikationswissenschaft. Methodologische Herausforderungen und empirische Praxis*. Herbert von Halem Verlag. Halem.

Loosen, W./ Scholl, A. (2012): *Theorie und Praxis von Mehrmethodendesigns in der Kommunikationswissenschaft*. In: Loosen, W./ Scholl, A. (Hrsg.): *Methodenkombinationen in der Kommunikationswissenschaft. Methodologische Herausforderungen und empirische Praxis*. Herbert von Halem Verlag. Halem. S. 9-25.

MKJS, Ministerium für Kultus, Jugend und Sport (2013): *Kultusministerium genehmigt 87 Gemeinschaftsschulen zum Schuljahr 2013/2014*. Online: http://kultusportal-bw.de/KULTUSPORTAL-BW,Lde/Kultusministerium+genehmigt+87+Gemeinschaftsschulen+zum+Schuljahr+2013_2014. 09.07.2013.

MKJS, Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg (o.J.a): *Bildungsplanreform 2004 Baden-Württemberg*. Online: <http://www.bildung-staerkt-menschen.de/unterstuetzung/schularten>. 04.07.2013.



MKJS, Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg (o.J.b): *Häufig gestellte Fragen zur Klasse 10 der Werkrealschule*. Online: <http://www.kultusportal-bw.de/,Lde/770037>. 10.07.2013.

MKJS, Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg (o.J.c): *Gymnasium 2004: Das achtjährige Gymnasium*. Online: <http://www.kultusportal-bw.de/,Lde/770353>. 09.07.2013.

MKJS, Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg (o.J.d): *Schulversuch "Zwei Geschwindigkeiten zum Abitur am allgemein bildenden Gymnasium"*. Online: <http://www.kultusportal-bw.de/,Lde/770365>. 09.07.2013.

MKJS, Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg (o.J.e.): *Förderschule*. Online: <http://www.kultusportal-bw.de/,Lde/770485>. 15.07.2013.

MKJS, Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg (o.J.f.): *Kooperation mit außerschulischen Partnern in der Jugendbildung*. Online: <http://www.kultusportal-bw.de/,Lde/774333>. 15.07.2013.

OeAD, Österreichische Austauschdienst (o.J.a): *Das österreichische Bildungssystem*. Online: <http://www.oead.at/bildungssystem>. 03.04.2013.

OeAD, Österreichische Austauschdienst (o.J.b): *Überblick Sekundarstufe 1 (ISCED 2)*. Online: http://www.oead.at/willkommen_in_oesterreich/bildung_forschung/schule_berufsbildung_in_oesterreich/sekundarstufe_i/. 03.04.2013.

OeAD, Österreichische Austauschdienst (o.J.c): *Das österreichische Bildungssystem. Sekundarstufe II*. Online: <http://www.oead.at/bildungssystem>. 03.04.2013.

OeAD, Österreichische Austauschdienst (o.J.d): *Überblick Sekundarstufe II (ISCED 3A/3B/3C/4A)*. Online: http://www.oead.at/willkommen_in_oesterreich/bildung_forschung/schule_berufsbildung_in_oesterreich/sekundarstufe_ii/. 03.04.2013.

Pahl, J.-P. (2012): *Berufsbildung und Berufsbildungssystem: Darstellungen und Untersuchung nicht-akademischer und akademischer Lernbereiche*. W. Bertelsmann Verlag. Bielefeld.

Pflugmann-Hohlstein, B. (2012): *Kinderbetreuung gestern, heute und morgen*. Statistisches Monatsheft Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 4/2012. Online: http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Veroeffentl/Monatshefte/PDF/Beitrag12_04_09.pdf#search=kindergarten+2011. 02.04.2013.

Rürup, M./ Fuchs, H.-W./ Weishaupt, H. (2010): *Bildungsberichterstattung - Bildungsmonitoring*. In: Altrichter, H./ Maag Merki, K. (Hrsg.) (2010): *Educational governance: Band 7. Handbuch Neue Steuerung im Schulsystem*. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden. S. 377–399.

Schaal, B./ Huber, F. (Hrsg.) (2010): *Qualitätssicherung im Bildungswesen. Auftrag und Anspruch der bayerischen Qualitätsagentur*. Waxmann. Münster.

SchG, Schulgesetz für Baden-Württemberg. Online: <http://www.landesrecht-bw.de/jportal/?quelle=jlink&query=SchulG+BW&max=true>. 08.07.2013.

SchOG, Schulorganisationsgesetz Österreich. Online: http://www.jusline.at/3_Gliederung_der_oesterreichischen_Schulen_SchOG.html. 07.06.2013.

Schulerhaltungsgesetz, Gesetz über die Errichtung, Erhaltung und Auflassung der öffentlichen Pflichtschulen und der öffentlichen Schülerheime Vorarlberg. Online: <http://voris.vorarlberg.at/VorisDownload/3/3002.pdf>. 28.05.13.



- SSG, Arbon Sekundarschule Arbon (o.J.a): *Unser Auftrag*. Online: <http://www.ssgarbon.ch/cms2/de/ssg-arbon/ueber-die-ssg-arbon.html>. 17.09.2012.
- Stadt Bregenz (2005): *Bregenz aktuell*. Online: <http://www.bregenz.gv.at/bregenz-aktuell/sehenswurdigkeiten.html>. 20.04.2013.
- Stadt Bregenz (2013): *Familie, Jugend, Senioren. Kinderbetreuung*. Online: <http://www.bregenz.gv.at/familie-jugend-senioren/familien/kindertagesbetreuung.html>. 18.04.2013.
- Stadt Dornbirn (o.J.a): *Dornbirn-Portrait*. Online: <http://www.dornbirn.at/Dornbirn-Portrait.220.0.html>. 18.04.2013.
- Stadt Dornbirn (o.J.b): *Daten und Fakten*. Online: <http://www.dornbirn.at/Daten-und-Fakten.223.0.html>. 18.04.2013.
- Stadt Dornbirn (o.J.c): *Informationen rund um die Kinderbetreuung von 0 bis 4 Jahren für das Betreuungsjahr 2012-2013*. Online: http://www.dornbirn.at/fileadmin/user_upload/pdf/Gesellschaft__Soziales/Infoblatt_Kibe_s_gesamt_2012-2013__Okt__.pdf. 18.04.2013.
- Stadt Tett nang (o.J.a): *Übersicht Kindergärten*. Online: <http://www.tett nang.de/tt/bildung-kultur/kindergaerten-kindertagesstaetten/kindergaerten-kindertagesstaetten.php?navid=1250597370607>. 18.04.2013.
- Stadt Tett nang (o.J.b): *Schule*. Online: <http://www.tett nang.de/tt/bildung-kultur/schulen/schulen.php>. 11.04.2013.
- Stadt Weingarten (o.J.a): *Schulstandort Weingarten*. Online: <http://www.weingarten-online.de/servlet/PB/menu/1122721/index.html>. 11.04.2013.
- Stadt Weingarten (o.J.b): *Schulstandort Weingarten*. Online: <http://www.weingarten-online.de/servlet/PB/menu/1122721/index.html>. 11.04.2013.
- Stadt Weingarten (o.J.c): *Schon als Kleinkind geht´s los*. Online: http://www.weingarten-online.de/servlet/PB/menu/1114880_11/index.html. 20.08.2013.
- Stadtverwaltung Kreuzlingen (o.J.): *Schulen*. Online: <http://www.kreuzlingen.ch/portraet/schulen.html>. 06.08.2013.
- Statistik Austria, Bundesanstalt Statistik Österreich (Hrsg.) (2012): *Bildung in Zahlen 2010/2011. Schlüsselindikatoren und Analysen*. Statistik Austria. Wien.
- Statistisches Bundesamt (2011): *Statistisches Bundesamt. Daten aus dem Gemeindeverzeichnis Gerichtsbarkeit nach Fläche und Bevölkerung Gebietsstand*. Online: <http://www.statistikportal.de/Statistik-Portal/ISS/gerichtsnummern.pdf#search=tett nang>. 18.04.2013.
- Statistisches Bundesamt/ Statistisches Landesamt Baden-Württemberg/ Deutsches Institut für Erwachsenenbildung (2013): *Anwendungsleitfaden zum Aufbau eines kommunalen Bildungsmonitorings*. Online: http://www.statistik-bw.de/BildungKultur/Analysen!Aufsaetze/bildungsmonitoring_2013.pdf. 10.07.2013.
- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2012): *Indikatoren zum Thema „Gesundheit, Soziales, Rechtspflege“. Betreuungsquote der Kinder unter 3 Jahren*. Online: http://statistik.baden-wuerttemberg.de/GesundhSozRecht/Indikatoren/SZ-KJ_betreuungsquote.asp. 28.06.2013.



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2013): *Familie in Zahlen. Kinderbetreuung*. Online: http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/BevoelkGebiet/FaFo/Familie/famZ_05_01.asp. 24.02.2013.

UNESCO (2011): *Revision of the international standard classification of education (ISCED)*. Online: http://ec.europa.eu/eurostat/ramon/other_documents/isced_2011/index.cfm?TargetUrl=DSP_ISCED_2011. 04.06.2013.

Verfassung des Landes Baden-Württemberg. Online: <http://www.lpb-bw.de/bwverf/bwverf.htm>. 09.07.2013.

Volksschulgesetz Thurgau (2008): Online: http://www.rechtsbuch.tg.ch/frontend/versions/576/download_pdf_file. 10.07.2013.

Vorarlberger Bildungsservice (2013): *Alle Schulen in Vorarlberg*. Online: <http://www.vobs.at/index.php?id=schulen>. 18.04.2013.

VTGS, Verband Thurgauer Schulgemeinden (2013): *Schulbehörde – ein Amt für Sie*. In: Flyer. Amriswil.

Wolf, R. (2011): *Der Anwendungsleitfaden zum Aufbau eines kommunalen Bildungsmonitorings*. In: Landesinstitut für Schulentwicklung (Hrsg.): *Datenbasierte Planung in Bildungsregionen*. S. 21-24. Online: <http://www.schule-bw.de/entwicklung/bildungsregionen/handlungsfelder/datenbasierte%20planung.pdf>. 10.07.2013.



9. Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Das Bildungssystem in Baden-Württemberg	9
Abb. 2: Zuständigkeiten der öffentlichen Institutionen in Baden-Württemberg	14
Abb. 3 : Das Bildungssystem in Österreich	16
Abb. 4: Zuständigkeit im österreichischen Bildungssystem	21
Abb. 5: Das Bildungssystem im Kanton Thurgau	24
Abb. 6: Zuständigkeiten der öffentlichen Institutionen in der Schweiz	27
Abb. 7: Schulen in der Gemeinde Tettngang	30
Abb. 8: Schulen in der Gemeinde Weingarten	30
Abb. 9: Schulen in der Gemeinde Bregenz	31
Abb. 10: Schulen in der Gemeinde Dornbirn	32
Abb. 11: Schulen in der Gemeinde Kreuzlingen	33
Abb. 12: Schulen in der Gemeinde Arbon	34
Abb. 13: Forschungsdesign	35
Abb. 14: Kontext-Input-Prozess-Output im Bildungsbereich	36
Abb. 15: Bildungsbereiche und Datenebenen innerhalb der Erhebung	37
Abb. 16: Indikatoren zum Kontext	37
Abb. 17: Indikatoren zum Input	38
Abb. 18: Indikatoren zum Prozess	39
Abb. 19: Indikatoren zum Output	40
Abb. 20: Dateneingang zu den Rahmenbedingungen	44
Abb. 21: Dateneingang zum Input im Bereich der obligatorischen Schule	47
Abb. 22: Dateneingang zum Prozess im Bereich der obligatorischen Schule	49
Abb. 23: Dateneingang zum Output im Bereich der obligatorischen Schule	50
Abb. 24: Dateneingang zum Input im Bereich der vorobligatorischen Schule	51
Abb. 25: Dateneingang zum Output im Bereich der vorobligatorischen Schule	52
Abb. 26: Dateneingang zum Input im außerschulischen Bereich	53



10. Anhang

10.1. Instrumente

Indikatorenraster					
		grobe Einordnung	Indikator		
Kontext	Rahmenbedingungen	demographische Rahmenbedingungen	Bevölkerungszahl		
			Bevölkerung nach Geschlecht		
			Bevölkerung nach Staatsangehörigkeit		
			Altersstruktur		
			Bevölkerung im schulpflichtigen Alter (auch Entwicklung und Prognose)		
			Anteil Personen mit Migrationshintergrund		
			Geburtenrate		
			Bevölkerungsdichte		
			Wanderungsbewegung nach Altersgruppen, Geschlecht, Deutsche/nichtdeutsche Bevölkerung, Bildungswanderung (18-25-Jährige)		
		ökonomische Rahmenbedingungen	Erwerbstätigenquote		
			Arbeitslosenquote		
			BIP pro EinwohnerIn		
	Steuereinwohner pro EinwohnerIn				
	Jugendarbeitslosigkeit				
	soziale Rahmenbedingungen	Langzeitarbeitslose			
		Finanzausgleich (Schweiz spezifisch, zwischen Kantonen)			
		Personen, die Sozialleistungen zur Mindestsicherung beziehen (Sozialhilfe)			
	Allgemein	Anteil der Kinder, die Sozialgeld beziehen			
		verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je EinwohnerIn			
	Input	Bildungsinformationen	Bildungsstand Bevölkerung	Kennwerte im Vergleich mit anderen Kommunen, Kanton/Bundesland, Bund	
Bildungsstand der Bevölkerung nach Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Alter					
obligatorische Schulen		Einrichtungen	Bildungsteilnahme	Anteil der Beschäftigten in Bildungseinrichtungen nach obligatorischen Schultypen+ "vorobligatorischen Einrichtungen" an den Erwerbstätigen	
				Bildungsteilnahme	Anzahl der Schulen
					Anzahl Schulen nach Schultyp
		Anzahl Schulen nach Trägerschaft			
		SchülerInnenzahl nach Schultyp			
		SchülerInnenzahl je Schultyp nach Geschlecht			
		SchülerInnenzahl je Schultyp nach Staatsangehörigkeit			
		SchülerInnenzahl je Schultyp nach Umgangssprache			
		SchülerInnenzahl je Schultyp nach Konfession			
		SchülerInnenzahlen auch Entwicklungen und Prognosen (nach Stufen und Schultypen)			
		Anteil der TeilnehmerInnen an Ganztagessschulen/Gemeinschaftsschulen			
		TeilnehmerInnen an Ganztagessschulen/Gemeinschaftsschulen nach Staatsangehörigkeit			
		Anteil sehr heterogene Klassen je Schule/Schulen (auf Umgangssprache bezogen)			
		Bildungspersonal	Bildungspersonal	Anzahl der Lehrpersonen an obligatorischen Schulen nach Alter	
				Anzahl der Lehrpersonen an obligatorischen Schulen nach Geschlecht	
				Anzahl der Lehrpersonen an obligatorischen Schulen nach Be-	



Indikatorenraster				
		grobe Einordnung	Indikator	
Output	Prozess		schäftigungsausmaß	
			Anzahl der Lehrpersonen an obligatorischen Schulen nach Fluktuation	
			Anzahl der Lehrpersonen an obligatorischen Schulen Arbeitszeiterfassung	
			Anzahl der Lehrpersonen an obligatorischen Schulen nach Qualifikation	
		Bildungsausgaben	Anteil der kommunalen Bildungsausgaben im Bereich der obligatorischen Schulen (laufenden Ausgaben und Investitionsausgaben an den kommunalen Gesamtausgaben)	
			Anteil der Ausgaben an staatlichen Förderangeboten	
			Anteil der SchülerInnen, die die staatlichen Förderangebote nutzen	
		Betreuungsverhältnis	Anzahl SchülerInnen je Klasse nach Schultyp	
			durchschnittliche Unterrichtsstunden je Klasse in der Woche	
			Betreuungsschlüssel je Schultyp	
		ICT Nutzung	Anzahl funktionierender PC ohne Internetanschluss pro Klassenzimmer	
			Anzahl funktionierender PC mit bzw. ohne Internetanschluss pro Klassenzimmer	
			Ausgaben für ICT nach Schulen	
		Output	Übergangsquoten	Anteil der früh bzw. spät eingeschulter Kinder
				durchschnittliches Einschulungsalter in Grundschule/Primarschule/Volksschule
	Übergangsquote von der Primarstufe auf Sek I nach Schultyp und Anforderungstyp (Durchlässige Sekundarschule), Geschlecht der SchülerInnen, Staatsangehörigkeit, Umgangssprache			
	Übergangsquote von Sek I auf Sek II nach Schultyp und Geschlecht der SchülerInnen, Staatsangehörigkeit, Umgangssprache (Berufsausbildung, Allgemeinbildung und Übergangsausbildung)			
	Quote der Schulartwechsel bis Klasse 9 (Zeichen für Mobilität zwischen Schularten („Auf- oder Abwärtsmobilität“) nach Schultypen, Geschlecht und Staatsangehörigkeit der ÜbergängerInnen			
	Quote der Übergänge von und an Förderschulen			
	Förderangebote			Art und Nutzung der Förderangebote
	Bildungszeit		Gesamte Verweildauer SchülerInnen in der obligatorischen Schule	
			Anzahl der Klassenwiederholungen nach Schultyp	
			Anzahl der Klassenwiederholungen nach Geschlecht	
			Anzahl der Klassenwiederholungen nach Klassenstufe	
			Anzahl der Klassenwiederholungen nach Staatsangehörigkeit	
		Anteil der Klassenwiederholungen je Klassenstufe und Schultyp		
		Anteil der Klassenwiederholungen je Klassenstufe und Schultyp nach Geschlecht		
Anteil der Klassenwiederholungen je Klassenstufe und Schultyp nach Staatsangehörigkeit				
Abschlüsse	Anteil der "Klassenüberspringer", Akzeleration			
	Anzahl unbegründete Absenzen			
	Schulabgangsquote nach Schultyp			
	Schulabgangsquote nach Geschlecht			
	Schulabgangsquote nach Staatsangehörigkeit			
	Anteil Personen höchstens Abschluss obligatorische Schule			
Anteil Personen höchstens Abschluss obligatorische Schule nach Geschlecht				
Anteil Personen höchstens Abschluss obligatorische Schule nach Staatsangehörigkeit				
Anteil SchulabbrecherInnen (ohne Abschluss der Sekundarstufe I)				



Indikatorenraster				
		grobe Einordnung	Indikator	
			nach Schultyp, Alter Schüler, Staatsangehörigkeit, Geschlecht	
			Anteil SchulabbrecherInnen nach Schultyp und Geschlecht	
			Anteil SchulabbrecherInnen nach Schultyp und Staatsangehörigkeit	
		Bildungsqualität/Evaluation	Fremdevaluation	
			Anteil der Schulen, die eine Selbstevaluation durchgeführt haben	
			Anteil Selbstevaluationen im sonstigen schulischen Bereich	
		Kompetenzen	Lernstandserhebungen nach Klassenstufen	
			Ergebnisse der Lernstandserhebungen	
Input	Einrichtungen für Kinder vor der obligatorischen Schule	Einrichtungen	Anzahl von Einrichtungen für Kinder vor der obligatorischen Schule	
			Anzahl von Einrichtungen für Kinder vor der obligatorischen Schule nach Typ	
			Anzahl von Einrichtungen für Kinder vor der obligatorischen Schule nach Trägerschaft	
		Bildungsteilnahme	Anzahl Kinder in den Einrichtungen vor der obligatorischen Schule nach Alter	
			Anzahl Kinder in den Einrichtungen vor der obligatorischen Schule nach Geschlecht	
			Anzahl Kinder in den Einrichtungen vor der obligatorischen Schule mit mindestens einem Elternteil mit Migrationshintergrund	
			Anzahl Kinder in den Einrichtungen vor der obligatorischen Schule nach Umgangssprache	
			Anzahl Kinder in den Einrichtungen vor der obligatorischen Schule nach Konfession	
			Anzahl Kinder in den Einrichtungen vor der obligatorischen Schule nach Betreuungsumfang	
			Auslastungsgrad der Plätze	
			Personal	Anzahl der Betreuungspersonen in den Einrichtungen nach Alter
		Anzahl der Betreuungspersonen in den Einrichtungen nach Geschlecht		
		Anzahl der Betreuungspersonen in den Einrichtungen nach Qualifikation		
		Bildungsausgaben	Anteil der kommunalen Bildungsausgaben für den frühkindlichen Bereich zu laufenden Ausgaben und Investitionsausgaben an den kommunalen Gesamtausgaben	
		Betreungsverhältnis	Betreuungsschlüssel	
			Besuchsquote je Altersklasse der Kinder	
		Output	Kompetenzen	Sprachstandserhebungen, Anteil der Kinder mit Förderungsbedarf
		Input	außerschulischer Bereich	Angebote der außerschulischen Betreuung
Bildungsteilnahme	Anzahl der SchülerInnen in der außerschulischen Betreuung nach Alter			
	Anzahl der SchülerInnen in der außerschulischen Betreuung nach Geschlecht			
	Anteil der SchülerInnen in der außerschulischen Betreuung nach Staatsangehörigkeit			
	Anteil der SchülerInnen in der außerschulischen Betreuung nach Umgangssprache			
	Anteil der SchülerInnen in der außerschulischen Betreuung nach Konfession			
Anteil der SchülerInnen in der außerschulischen Betreuung nach				



Indikatorenraster

		grobe Einordnung	Indikator
			Betreuungsumfang
			Anteil der SchülerInnen in der außerschulischen Betreuung nach Migrationshintergrund
			Anteil der SchülerInnen in der außerschulischen Betreuung nach Bildungsstand der Eltern
			Anteil der SchülerInnen in der außerschulischen Betreuung nach Erwerbsumfang der Hauptbetreuungsperson
		Bildungsausgaben	Anteil der kommunalen Ausgaben für den öffentlichen außerschulischen Betreuungsbereich an den kommunalen Gesamtausgaben (Ausgaben in den Bereichen laufende und Investitionsausgaben im außerschulischen Betreuungsbereich)
		Angebote der Kinder- und Jugendarbeit	Anzahl der Angebote in der Kinder- und Jugendarbeit nach Typ
		Bildungsteilnahme	Anzahl der Kinder und Jugendlichen in Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit nach Alter
			Anzahl der Kinder und Jugendlichen in Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit nach Geschlecht
			Anteil der Kinder und Jugendlichen in Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit nach Staatsangehörigkeit
			Anteil der Kinder und Jugendlichen in Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit nach Umgangssprache
			Anteil der Kinder und Jugendlichen in Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit nach Konfession
			Anteil der Kinder und Jugendlichen in Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit nach Betreuungsumfang
			Anteil der Kinder und Jugendlichen in Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit nach Migrationshintergrund
			Anteil der Kinder und Jugendlichen in Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit nach Bildungsstand der Eltern
			Anzahl der Kinder und Jugendlichen in Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit nach Erwerbsumfang der Hauptbetreuungsperson
			Bildungsausgaben



10.2. Erhebungsraster

Daten zu Istzustand, Entwicklung und Prognose	Rohdaten vorhanden: bspw. xls	verarbeitete Daten vorhanden: bspw. pdf, ppt	Vertrauliche Daten, nicht öffentlich zugänglich	Daten bei Dritten vorhanden	Ansprechperson für Daten	keine Daten
Rahmenbedingungen						
Demografie						
Bevölkerung (z.B. nach Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Bevölkerung im schulpflichtigen Alter	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Anzahl Geburten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Zu- und Abwanderung (z.B. nach Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Weitere Daten zur Demografie	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Ökonomie						
Erwerbstätigenquote oder Anzahl der Erwerbstätigen (z.B. nach Alter, Geschlecht und Staatsangehörigkeit)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Arbeitslosenquote oder Anzahl der Arbeitslosen (z.B. nach Alter, Geschlecht und Staatsangehörigkeit)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Anzahl Langzeitarbeitslose (Personen, die länger als ein Jahr arbeitslos gemeldet sind) (z.B. nach Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Steuerkraft, Steuereinnahmen pro Einwohner/-in	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Anzahl der Beschäftigten in Bildungseinrichtungen der obligatorischen Schultypen (z.B. nach Alter, Geschlecht, Beschäftigungsmaß, Beschäftigungsdauer, Qualifikation)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Anzahl der Beschäftigten in Bildungseinrichtungen der vorobligatorischen Bildung (z.B. nach Alter, Geschlecht, Beschäftigungsmaß, Beschäftigungsdauer, Qualifikation)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Anzahl der Beschäftigten in nachobligatorischen Bildungseinrichtungen (z.B. nach Alter, Geschlecht, Beschäftigungsmaß, Beschäftigungsdauer, Qualifikation)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Anzahl der Beschäftigten in außerschulischen Bildungseinrichtungen (z.B. nach Alter, Geschlecht, Beschäftigungsmaß, Beschäftigungsdauer, Qualifikation)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
kommunale Gesamtausgaben	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
kommunale Ausgaben im Bildungsbereich	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Weitere Daten zur Ökonomie	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Soziales						
Bildungsstand (nach höchstem Bildungsabschluss) der Bevölkerung (z.B. nach Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner/-in	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Personen, die Sozialleistungen zur Mindestsicherung beziehen (Sozialhilfe) (z.B. nach Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Anzahl der Kinder, die Sozialgeld beziehen (z.B. nach Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Migrationshintergrund, Bildungsstand der Eltern)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>



Daten zu Istzustand, Entwicklung und Prognose	Rohdaten vorhanden: bspw. xls	verarbeitete Daten vorhanden: bspw. pdf, ppt	Vertrauliche Daten, nicht öffentlich zugänglich	Daten bei Dritten vorhanden	Ansprechperson für Daten	keine Daten
Weitere Daten zum Bereich Soziales	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Allgemein						
Fläche der Gemeinde / Kommune	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Kennwerte im Vergleich mit anderen Kommunen, Kanton / Bundesland, Bund	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Weitere Daten zum Bereich allgemeine Informationen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Volksschule / allgemeinbildende Schule						
Einzelschulen / Schuleinheiten						
Anzahl Einzelschulen (D) ²⁸ / Schuleinheiten (CH) nach Schultyp	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Anzahl Einzelschulen / Schuleinheiten nach Trägerschaft (organisatorischen und finanziellen Verantwortung)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Weitere Daten zu den Einzelschulen / Schuleinheiten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Schüler/-innen						
Anzahl der Schüler/-innen je Schultyp (z.B. nach Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Umgangssprache, Muttersprache, Migrationshintergrund, Bildungsstand der Eltern)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Anzahl der Schüler/-innen je Klassenstufe (z.B. nach Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Umgangssprache, Muttersprache, Migrationshintergrund, Bildungsstand der Eltern)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Anzahl der Schüler/-innen je Klasse und Schultyp (z.B. nach Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Umgangssprache, Muttersprache, Migrationshintergrund, Bildungsstand der Eltern)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Anzahl der Schüler/-innen an Ganztageschulen (z.B. nach Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Umgangssprache, Muttersprache, Migrationshintergrund, Bildungsstand der Eltern)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Weitere Daten zu den Schüler/-innen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Lehrpersonen						
Anzahl der Lehrpersonen je Schultyp (z.B. nach Alter, Geschlecht, Beschäftigungsmaß, Beschäftigungsdauer, Qualifikation)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Anzahl Einzelschulen / Schuleinheiten mit Arbeitszeiterfassung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Weitere Daten zu den Lehrpersonen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Betreuungsverhältnis						
Anzahl Schüler/-innen je Lehrperson	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Anzahl der ausgefallenen Unterrichtsstunden je Klasse	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Weitere Daten zum Betreuungsverhältnis	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Finanzen						
Herkunft der Finanzmittel	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
kommunalen Bildungsausgaben im Bereich der obligatorischen Schulen (laufenden Ausgaben und Investitionsausgaben)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>

²⁸ Im folgenden Fragebogen werden zum Teil landesspezifische Begriffe verwendet, die durch das entsprechende Länderkürzel hinter dem Begriff gekennzeichnet sind.



Daten zu Istzustand, Entwicklung und Prognose	Rohdaten vorhanden: bspw. xls	verarbeitete Daten vorhanden: bspw. pdf, ppt	Vertrauliche Daten, nicht öffentlich zugänglich	Daten bei Dritten vorhanden	Ansprechper- son für Daten	keine Daten
Anteil der kommunalen Bildungsausgaben im Bereich der obligatorischen Schulen (laufenden Ausgaben und Investitionsausgaben) an den kommunalen Gesamtausgaben	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Weitere Daten zu den Finanzen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Übergänge						
Anzahl der früh bzw. spät eingeschulter Kindern (z.B. nach Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Umgangssprache, Muttersprache, Migrationshintergrund, Bildungsstand der Eltern)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Anzahl Schüler/-innen zu Beginn Sek I je Schultyp (z.B. nach Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Umgangssprache, Muttersprache, Migrationshintergrund, Bildungsstand der Eltern)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Anzahl Schüler/-innen zu Beginn Sek II je Schultyp (Berufsausbildung, Allgemeinbildung, Übergangsausbildung) (z.B. nach Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Umgangssprache, Muttersprache, Migrationshintergrund, Bildungsstand der Eltern)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Anzahl der Wechsel von Schüler/-innen zwischen Schultypen, Klassentyp bzw. Anforderungsniveau (z.B. nach Klassenstufe und Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Umgangssprache, Muttersprache, Migrationshintergrund, Bildungsstand der Eltern)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Anzahl der Wechsel von Schüler/-innen von und an Förderschulen (z.B. nach Klassenstufe und Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Umgangssprache, Muttersprache, Migrationshintergrund, Bildungsstand der Eltern)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Anzahl der Unterstützungsangebote für den Übergang in Grundschule (D), Primarschule (CH), Volksschule (A) nach Art	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Anzahl der Kinder, die Unterstützungsangebote für den Übergang in Grundschule (D), Primarschule (CH), Volksschule (A) nutzen (z.B. nach Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Umgangssprache, Muttersprache, Migrationshintergrund, Bildungsstand der Eltern)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Anzahl der Unterstützungsangebote in Grundschule (D), Primarschule (CH), Volksschule (A) für den Übergang auf die Sek I nach Art	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Anzahl der Schüler/-innen, die Unterstützungsangebote in Grundschule (D), Primarschule (CH), Volksschule (A) für den Übergang auf die Sek I nutzen (z.B. nach Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Umgangssprache, Muttersprache, Migrationshintergrund, Bildungsstand der Eltern)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Anzahl der Unterstützungsangebote auf Sek I für den Übergang auf die Sek II nach Art	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Anzahl der Schüler/-innen, die Unterstützungsangebote auf Sek I für den Übergang auf die Sek II nutzen (z.B. nach Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Umgangssprache, Muttersprache, Migrationshintergrund, Bildungsstand der Eltern)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Anzahl der Unterstützungsangebote auf Sek I für den Übergang in die berufliche Ausbildung nach Art	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Anzahl der Schüler/-innen, die Unterstützungsangebote auf Sek I für den Übergang in die berufliche Ausbildung nutzen (z.B. nach Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Umgangssprache, Muttersprache, Migrationshintergrund, Bildungsstand der Eltern)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Weitere Daten zu den Übergängen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>



Daten zu Istzustand, Entwicklung und Prognose	Rohdaten vorhanden: bspw. xls	verarbeitete Daten vorhanden: bspw. pdf, ppt	Vertrauliche Daten, nicht öffentlich zugänglich	Daten bei Dritten vorhanden	Ansprechperson für Daten	keine Daten
Förderangebote						
Arten von Förderangeboten (z.B. Schulsozialarbeit, Logopä-	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Anzahl der Schüler/-innen, die die jeweiligen Förderangebote nutzen (z.B. nach Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Umgangssprache, Muttersprache, Migrationshintergrund, Bildungsstand der Eltern)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Herkunft Finanzmittel für Förderangebote	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Ausgaben Förderangebote	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Weitere Daten zu den Förderangeboten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Bildungszeit						
Verweildauer von Schüler/-innen in der obligatorischen Schule (z.B. nach Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Umgangssprache, Muttersprache, Migrationshintergrund, Bildungsstand der Eltern)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Anzahl der Klassenwiederholungen je Klassenstufe und Schultyp (z.B. nach Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Umgangssprache, Muttersprache, Migrationshintergrund, Bildungsstand der Eltern)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Anzahl der "Klassenüberspringer" (Akzeleration) (z.B. nach Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Umgangssprache, Muttersprache, Migrationshintergrund, Bildungsstand der Eltern)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Anzahl unbegründete Absenzen (unentschuldigtes Fehlen) je Klassenstufe und Schultyp (z.B. nach Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Umgangssprache, Muttersprache, Migrationshintergrund, Bildungsstand der Eltern)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Weitere Daten zur Bildungszeit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Abschlüsse						
Anzahl der Schulabgänger/-innen nach Schultyp und Abschlussart (D) bzw., Anforderungsniveau (CH) (z.B. nach Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Umgangssprache, Muttersprache, Migrationshintergrund, Bildungsstand der Eltern)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Anzahl Schulabgänger/-innen ohne Abschluss der Sek I (z.B. nach Schultyp, Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Umgangssprache, Muttersprache, Migrationshintergrund, Bildungsstand der Eltern)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Anzahl Personen zwischen 18 und 24 Jahren mit höchstens Abschluss obligatorische Schule (z.B. nach Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Umgangssprache, Muttersprache, Migrationshintergrund, Bildungsstand der Eltern)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Weitere Daten zu den Abschlüssen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Qualität						
Anzahl Einzelschulen, die an Fremdevaluation teilgenommen haben nach Schultyp	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Anzahl der Einzelschulen, die Selbstevaluation durchführen nach Schultyp	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Zyklen, in denen Selbstevaluationen durchgeführt werden	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Anzahl Selbstevaluationen im sonstigen schulischen Bereich	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Anzahl Einzelschulen mit Schulprogramm nach Schultyp	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>



Daten zu Istzustand, Entwicklung und Prognose	Rohdaten vorhanden: bspw. xls	verarbeitete Daten vorhanden: bspw. pdf, ppt	Vertrauliche Daten, nicht öffentlich zugänglich	Daten bei Dritten vorhanden	Ansprechper- son für Daten	keine Daten
Weitere Daten zur Qualität	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Kompetenzen						
Anzahl der Einzelschulen, die Lernstandserhebungen durchführen nach Schultyp und Klassenstufe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Ergebnisse der Lernstandserhebungen nach Schultyp und Klassenstufe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Weitere Daten zu den Kompetenzen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
ICT						
Anzahl funktionierender PC mit und ohne Internetanschluss pro Klassenzimmer	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Alter der Geräte	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Ausgaben für ICT nach Schulen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Weitere Daten zum Bereich ICT	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Bereich vor der obligatorischen Schule						
Einrichtungen						
Anzahl von Einrichtungen für Kinder vor der obligatorischen / allgemeinbildenden Schule nach Typ (z.B. freiwilliger Kindergarten, Kita)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Anzahl von Einrichtungen für Kinder vor der obligatorischen Schule nach Trägerschaft (organisatorischen und finanziellen Verantwortung)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Benutzung						
Anzahl Kinder in den Einrichtungen vor der obligatorischen Schule (z.B. nach Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Umgangssprache, Konfession, Betreuungsumfang, Migrationshintergrund, Bildungsstand der Eltern, Erwerbsumfang der Hauptbetreuungsperson)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Auslastungsgrad der Plätze je Einrichtung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Personal						
Anzahl der Betreuungspersonen in den Einrichtungen (z.B. nach Alter, Geschlecht, Beschäftigungsmaß, Beschäftigungsdauer, Qualifikation)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Betreuungsschlüssel: Anzahl Kinder je Vollzeitstelle	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Anzahl betreuter Kinder in den Einrichtungen im Verhältnis zur Gesamtheit aller Kinder dieses Alterssegments	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Finanzen						
Herkunft der Finanzmittel	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
kommunale Bildungsausgaben im Bereich vor der obligatorischen Schulen (laufenden Ausgaben und Investitionsausgaben)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Anteil der kommunalen Bildungsausgaben im Bereich der vorobligatorischen Schulen (laufenden Ausgaben und Investitionsausgaben) an den kommunalen Gesamtausgaben	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>



Daten zu Istzustand, Entwicklung und Prognose	Rohdaten vorhanden: bspw. xls	verarbeitete Daten vorhanden: bspw. pdf, ppt	Vertrauliche Daten, nicht öffentlich zugänglich	Daten bei Dritten vorhanden	Ansprechper- son für Daten	keine Daten
Kompetenzen						
Anzahl Einrichtungen, die Sprachstandserhebungen durchfüh- ren	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Anteil der Kinder mit Förderbedarf	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Weitere Daten zum Bereich vor der obligatorischen Schule	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Ausserschulischer Bereich						
Betreuungsangebote						
Anzahl der Angebote in der außerschulischen Betreuung für Schüler/-innen nach Typ	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Anzahl der Schüler/-innen in der außerschulischen Betreuung (z.B. nach Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Umgangssprache, Konfession, Betreuungsumfang, Migrationshintergrund, Bildungsstand der Eltern, Erwerbs- umfang der Hauptbetreuungsperson)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Finanzen Betreuungsangebote						
Herkunft der Finanzmittel für Betreuungsangebote	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
kommunale Bildungsausgaben im außerschulischen Betreuungsbereich (laufenden Ausgaben und Investitionsausgaben)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Anteil der kommunalen Bildungsausgaben im Betreuungsbe- reich (laufenden Ausgaben und Investitionsausgaben) an den kommunalen Gesamtausgaben	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Weitere Daten zu den Betreuungsangeboten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Kinder- und Jugendarbeit						
Anzahl der Angebote in der Kinder- und Jugendarbeit nach Typ	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Anzahl der Kinder und Jugendlichen in Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit (z.B. nach Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Umgangssprache, Konfession, Betreuungsumfang, Migrationshintergrund, Bildungsstand der Eltern, Erwerbs- umfang der Hauptbetreuungsperson)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Finanzen Kinder- und Jugendarbeit						
Herkunft der Finanzmittel für Kinder- und Jugendarbeit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
kommunale Bildungsausgaben im Bereich Kinder- und Jugendarbeit (laufenden Ausgaben und Investitionsausgaben)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Anteil der kommunalen Bildungsausgaben im Bereich Kinder- und Jugendarbeit (laufenden Ausgaben und Investitionsaus- gaben) an den kommunalen Gesamtausgaben	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>
Weitere Daten zur Kinder- und Jugendarbeit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>